

**MARXISTISCHE  
BLÄTTER** \* Seit 1963 \*  
www.marxistische-blaetter.de  
**MASCH-Skripte**

**Uwe-Jens Heuer**

# **Demokratie- Thesen (1987)**

**Mit einer Einleitung  
von Ekkehard Lieberam  
und Herbert Münchow**

## **Impressum**

*Herausgeber:* Neue Impulse Verlag  
Hoffnungstraße 18 – 45127 Essen – Tel.: 0201 | 248 64 82  
(www.neue-impulse-verlag.de)  
*Vi.S.d.P.:* Lothar Geisler

*Layout:* Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen (www.k-mw.de)  
*Titelgrafiken:* Michael Sammler

ISBN 978-3-96170-024-0

Schutzgebühr 5,- Euro  
zzgl. 2,- Euro Versand bei Einzelbestellung

ISBN 978-3-96170-324-1 eBook

ISBN 978-3-96170-624-2 ePDF

---

*Ekkehard Lieberam/Herbert Münchow*

## **»Eigentümerstaat droht Kommunestaat ... zu sprengen« Heuers' Demokratie-Thesen von 1987**

Uwe-Jens Heuer, Jahrgang 1927, Rechtswissenschaftler und Sozialist,<sup>1</sup> blieb dem Sozialismusanlauf auf deutschem Boden in der DDR bis zu seinem Tode am 22. Oktober 2011 »kritisch treu«. Er wollte den Sozialismus »verändern, reformieren, nicht beseitigen«.<sup>2</sup> Seine hier erstmals veröffentlichten »Demokratie-Thesen« vom 22.11.1987 sind Zeitdokument in einem dreifachen Sinne: Sie dokumentieren die Position eines in der DDR einflussreichen sozialistischen Intellektuellen und Rechtswissenschaftlers zur Demokratiefrage und damit zu demokratischen Reformen der DDR zwei Jahre vor der »Wende«. Sie machen deutlich, dass es in der DDR sehr wohl Möglichkeiten gab, kritische Positionen zur Diskussion zu stellen und dafür auch Unterstützung zu finden. Sie dokumentieren schließlich eine Etappe im Demokratiedenken von Uwe-Jens Heuer selbst. Sie machen neugierig, wie er später seine Positionen von 1987 bewertet und welche Bedeutung dabei seine Erfahrungen als Politiker (1990 wurde er Mitglied der Volkskammer der DDR, danach Abgeordneter des 12. und 13. Bundestages bis 1998) haben.

Uwe-Jens Heuer hatte seit Anfang der achtziger Jahre in Artikeln und Vorträgen insbesondere an der Akademie der Wissenschaften (er war deren korrespondierendes Mitglied) seine theoretisch-konzeptionelle Sicht auf Demokratie und Staat in der DDR offen zu Diskussion gestellt. Er kritisierte scharf die auf Karl Polak zurückgehende

1 Vgl. Ekkehard Lieberam, Joachim Traut, Uwe-Jens Heuer. Rechtswissenschaftler und Sozialist, Bergkamen 2009.

2 Heuer, 84, Der Spiegel, 2011/44.

offizielle »Identitätstheorie« von »Staat und Gesellschaft«, von »Staat und Individuum« und »Demokratie und Diktatur«. Der Staat sei im Sozialismus »nicht erwünscht, aber notwendig«. Da er als Apparat weiter bestehe, sei die Demokratiefrage im Sozialismus eine eigenständige Frage. Dass es keine »reine Demokratie« gäbe, sei richtig. Aber das sei kein Argument gegen das Fehlen eines allgemeinen Demokratiebegriffs, den eine sozialistische Demokratietheorie als Maßstab für Demokratiewirklichkeit, d. h. *der realen individuellen und kollektiven Entscheidung über die eigenen Angelegenheiten*, unbedingt brauche.

Die Monographie »Marxismus und Demokratie«, an der Uwe-Jens Heuer Mitte der achtziger Jahre zu arbeiten begann »sollte die große Neufundierung der Demokratietheorie enthalten und damit die notwendigen Veränderungen voranbringen helfen. Es sollte vieles von dem aufnehmen, was ich zur Entwicklung der marxistischen Demokratietheorie bisher publiziert hatte. Wie auch bei bisherigen Vorhaben ging ich den Weg, mein Buch in dem zentralen Forschungsplan aufnehmen zu lassen, was Eröffnungs- und Abschlussverteidigung erforderte.«<sup>3</sup>

Die Eröffnungsverteidigung fand am 24. Februar 1986 am »Institut für Theorie des Staates und des Rechts« (ITSR) statt, an dem Heuer seit 1982 als Bereichsleiter für rechtstheoretische Probleme der Ökonomie arbeitete. Diskutiert wurden seine Positionen zum Modell der Pariser Kommune und zum Demokratiebegriff. In einer abschließenden Erklärung der Eröffnungsveranstaltung hieß es: »Die Entwicklung der sozialistischen Demokratie ist ein relativ eigenständiger – wenn auch letztlich ökonomisch bedingter – Bestandteil der Gesamtentwicklung des Sozialismus mit eigenen Fortschrittskriterien.«<sup>4</sup>

Auf dem weiteren Weg bis zur Veröffentlichung gab es erstaunlicherweise überall grünes Licht. Das Buch war im September

3 Uwe-Jens Heuer, *Im Streit, Als Jurist in zwei deutschen Staaten*, Baden-Baden 2002, S. 155.

4 Ebenda.

1987 fertig. Am 29. 5. 1986 hatte der Staatsverlag der DDR mit Heuer einen Autorenvertrag abgeschlossen. Danach war die Manuskriptabgabe auf den 30. 5. 1988 festgelegt und die Auslieferung von bis zu 8.000 Exemplaren im ersten Quartal 1990.<sup>5</sup> Außerdem erschien das Buch im Nomos-Verlag Baden-Baden. Tatsächlich lieferte der Staatsverlag die ersten Exemplare des Buches Ende September 1989 aus.

In Absprache mit dem Staatsverlag übergab Heuer das Manuskript zwei Gutachtern; dem Balkanisten Ernstgert Kalbe von der Karl-Marx-Universität Leipzig und Karl-Heinz Schöneburg, Bereichsleiter für die Geschichte der Staats- und Rechtstheorie am ITSR der Akademie der Wissenschaften.<sup>6</sup> Beide Gutachter äußerten sich positiv. Kalbe würdigte, das historische Vorgehen nicht nur als legitim sondern geradezu als unabdingbar. Karl-Heinz Schöneburg unterstützte ebenfalls das historische Herangehen. Er bemängelte die Unterbewertung des jakobinischen Erbes und monierte, dass Heuer nicht der Frage nachgegangen sei »inwieweit bürgerliche Pluralismusmodelle nutzbar gemacht werden können.« Schöneburg merkte auch an, das er nicht wisse, ob es möglich sei, die Problematik Partei-Staat-Demokratie weitgehend auszusparen. Er hob hervor, dass er »in der Staats- und Rechtstheorie keine Arbeitsergebnisse (kenne), die in solcher kreativen Weise diesen Gegenstand behandeln.«

Die hier erstmals veröffentlichten »Demokratie-Thesen« sind eine Kurzfassung der Aussagen des Buches »Marxismus und Demokratie«. Sie standen bei der Abschlussverteidigung am 7. 12. 1987 an der Akademie der Wissenschaften zur Diskussion. »Dem historischen Ansatz«, so Uwe-Jens Heuer in seiner Autobiografie, »wurde jetzt generell zugestimmt.«<sup>7</sup> Der Vizepräsident der Akademie Werner Kal-

5 Uwe-Jens Heuer, *Marxismus und Demokratie*, Berlin 1989 (Staatsverlag); Uwe-Jens Heuer, *Marxismus und Demokratie*, Baden-Baden 1989 (Nomos-Verlag).

6 Vgl. zu diesen und den folgenden Ausführungen: Uwe-Jens Heuer, *Im Streit*, a. a. O., S. 157 ff.

7 Vgl. ebenda, S. 158.

weit betonte die Dichte und Reife des historischen Teils. Nach seiner Meinung sollten Demokratie und Staat aber noch genauer bestimmt werden, ebenso die Führungsrolle der Partei. Karl A. Mollnau, Leiter des Bereiches Rechtstheorie, nach der Wende plötzlich ein scharfer Kritiker der DDR, wandte sich gegen die von Heuer vertretene Position der »Vorrangigkeit der subjektiven Rechte«.<sup>8</sup> Ein grundsätzlicher Protest kam von dem Vertreter der Parteihochschule. Er beschuldigte Heuer, das sozialistische Eigentum noch einmal sozialisieren zu wollen. Keiner unterstützte ihn. Die Thesen und damit die Arbeit wurden ohne weitere Festlegungen angenommen.

Am 5. Oktober 1989 folgte Uwe-Jens Heuer einer Einladung zu einem mehrmonatlichen Aufenthalt in die USA nach Berkeley Kalifornien. Das Ende der DDR musste er so von den USA aus betrachten. Ein erstes Exemplar des Buches »Marxismus und Demokratie« war in seinem Reisegepäck. Seiner Frau hinterließ er die Botschaft »Sei stark. Ich komme wieder. Das Land muss bleiben, aber verbessert.«<sup>9</sup>

Die Kräfteverhältnisse in Europa, der Niedergang der UdSSR, nicht zuletzt die ökonomische Verfasstheit und der Machtverfall der DDR sowie die politische Anziehungskraft des nunmehr greifbar nahen Konsumangebots des »Westens« ließen das nicht zu. Heuers' Konzept, die DDR reformieren, um sie zu verbessern, war nicht mehr zu verwirklichen. Als er aus den USA zurückkam, ging er als Volkshammerabgeordneter in die Politik, vor allem, um sich mit der PDS der drohenden Konterrevolution entgegen zu stellen.

In einem neuen Vorwort »Vom theoretischen Gewinn einer Niederlage« in der 2. Auflage seines Demokratiebuches beim Nomos-Verlag und in einem Artikel für die Zeitschrift »Kritische Justiz«<sup>10</sup> bekräftigte und verschärfte er seine Positionen aus den Demokratie-Thesen von 1987 zum sozialistischen Staat: »Die Klassenherrschaft

8 Ebenda.

9 Ebenda, S. 160.

10 Uwe-Jens Heuer, Marxismus und Demokratie, in: Kritische Justiz, 1990, Heft 2.

als Herrschaft einer Klasse war weggefallen, nicht aber die Macht, nicht aber der Staat. An die Stelle des Widerspruchs von Ausbeutern und Ausgebeuteten trat der Widerspruch zwischen Volk und Staat, einem Staat, der nicht Staat einer Ausbeuterklasse ist, aber immer noch Staat, in gewisser Hinsicht sogar mehr Staat als je ein Staat zuvor. An die Stelle der vom Privateigentum hervorgebrachten Übel waren andere getreten, die mit der Übermacht des Staates verbunden waren.« Der Bürokratismus sei zur »Hauptgefahr des politischen Systems« geworden: »In einem administrativ beherrschten System führen abnehmender Gestaltungswille und abnehmende Gestaltungskraft der Zentrale nicht zum Anwachsen der Innovationskraft der Gesellschaft, sondern zur Stagnation.« Der Widerspruch zwischen »Massen und Staat sei der »politische Grundwiderspruch des Sozialismus«. Dieser Widerspruch sei 1989 »unübersehbar ausgebrochen«. Ursache dafür sei die mangelnde Bereitschaft »der politischen Führung und ihrer Verteidiger«, einen »solchen Widerspruch zu akzeptieren, Bewegungsformen für ihn zu schaffen«. So wurde der »Sozialismus selbst in Frage gestellt«. <sup>11</sup>

Im Kern hatte Heuer diese Positionen bereits in den Demokratie-Thesen vom 22. 11. 1987 vertreten. Nun kam er auf zwei Fragen zurück, vor denen er 1987 zurück gewichen war: den Fragen der führenden Rolle der Partei und des Pluralismus. »Durch die Volksbewegung wurde die alte Führung gestürzt. Aber sie hat in ihre Niederlage die Partei und das Land hineingerissen. ... Offenbar ist ein politisches System, daß auf dem Machtmonopol einer Partei beruht, den Anforderungen einer modernen Gesellschaft nicht gewachsen. Die Gesellschaft bedarf einer differenzierten politischen Artikulation. Zum Verständnis der Notwendigkeit dieses politischen Pluralismus bedarf es nach meiner Ansicht vor allem einer Überprüfung des marxistischen Begreifens der »bürgerlichen Gesellschaft« in ihrem Verhältnis zum Staat.« <sup>12</sup>

11 Ebenda, S. 204.

12 Ebenda.

In den folgenden zwei Jahrzehnten bis zu seinem Lebensende ist Uwe-Jens Heuer immer wieder auf die Frage nach den entscheidenden politisch-theoretischen und den ökonomischen Ursachen des Scheiterns des europäischen Realsozialismus und besonders des Sozialismusanlaufs in der DDR zurückgekommen. Gegenüber der Zeit unmittelbar nach der »Wende« hat er bei der Beantwortung der Frage nach den Ursachen der Niederlage bereits zehn Jahre später nicht mehr primär den demokratischen Defiziten der DDR als vielmehr der Stagnation im ökonomischen Wettbewerb und dem Abbruch der von Walter Ulbricht begonnenen Reformen des »Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« (NÖSPL) in den Jahren 1963 bis 1970 die entscheidende Bedeutung beigemessen.<sup>13</sup>

Uwe-Jens Heuer gehörte selber zu den Rechtswissenschaftlern, die in dieser Reformphase der DDR eine maßgebliche theoretische und auch politische Rolle gespielt haben. Rückblickend sah er in seiner 2002 erschienenen Biografie in den sechziger Jahren noch ein »offenes Fenster« für einen erfolgreichen Wettbewerb der Systeme zu Gunsten des Sozialismus. Ende der achtziger Jahre war nach seiner Meinung dieses Fenster geschlossen. Dabei negierte er keineswegs die politischen Gründe für das Scheitern der Reformen: »Der Abbruch des NÖS war letztlich nicht den Schwierigkeiten des Jahres 1970 geschuldet, sondern dem Unwillen der Mehrheit der Parteiführung und des Parteiteilweise auch des Staatsapparates, Macht abzugeben, einen ungewissen Weg der Ökonomisierung und Demokratisierung der Leitung zu gehen, unterstützt durch den Rückhalt, den sie in der UdSSR fanden. Ich denke auch heute, dass das NÖS eine Alternative war, dass die Risiken hätten eingegangen werden müssen.«<sup>14</sup>

13 Vgl. Ökonomische Reformen und Demokratisierung, in: Lieberam, Poppe, Wötzel (Hrsg.), Ulbrichts Reformen, Berlin 1915.

14 Uwe-Jens Heuer, Im Streit, a. a. O., S. 112.

Zur »übermächtigen Rolle« der SED wusste er, im Jahre 1987 »keine Antwort«.<sup>15</sup> 1990 sah er in der führenden Rolle der Partei im politischen System des Sozialismus ein Prinzip, das einer »modernen Gesellschaft« nicht gerecht wird. Zehn Jahre später war er vorsichtiger und wieder ein »Suchender«: »Jede Gesellschaft braucht Kräfte, die destruktiven Kräften entgegen treten. In der kapitalistischen Gesellschaft ist das natürlich auch der Staat, letztlich aber wird die Gesellschaft durch das Geld zusammen gehalten. Was also könnte den Zusammenhalt einer sozialistischen Gesellschaft garantieren«.<sup>16</sup>

15 Ebenda, S. 158.

16 Ebenda.



*Prof. Uwe-Jens Heuer*

**Demokratie, Ökonomie und Recht  
in der entwickelten  
sozialistischen Gesellschaft**

Thesen  
zur Monographie für die  
Verteidigung des Z-Plan-Themas  
am 7.12.1987

## These 1:

Sowohl im Wettbewerb der Systeme – wie das kürzlich im gemeinsamen Dokument von SED und SPD zum Streit der Ideologien und der gemeinsamen Sicherheit<sup>1</sup> erneut deutlich wurde – als auch in der Diskussion zwischen Marxisten wird die Bestimmung der Demokratie, des Demokratischen zu einer immer wichtigeren Frage. Man könnte versucht sein, hierin einen Triumph der Scholastik zu sehen, und allen Beteiligten empfehlen, sich – wie in den Naturwissenschaften üblich – doch einfach auf bestimmte Termini zu einigen. Damit wurde aber der enge Zusammenhang von Ideologie, Massenbewusstsein und Gesellschaftswissenschaft negiert. Es gibt, wie Georg Klaus schreibt, eine Reihe von Wörtern, die sich im Laufe der Geschichte eine solche Stellung erworben haben, daß es auch für die finsterste Reaktion nicht möglich ist, sie abzulehnen bzw. gar zu diffamieren, ohne der eigenen Agitation Schaden zuzufügen. Zu ihnen gehört auch das Wort Demokratie.

Die Macht dieses Wortes beruht darauf, daß es tiefe Bedürfnisse der Volksmassen ausdrückt, Bedürfnisse, die schon immer in mehr oder weniger entfalteter Form bestanden, aber seit dem 19. Jahrhundert so stark waren, daß die herrschenden Kräfte immer weniger darauf verzichten konnten, ihnen verbal, in bestimmtem Umfange auch real, Rechnung zu tragen. Menschliches Handeln wird nicht nur von Bedürfnissen der physischen, sondern auch von denen der sozialen Existenz bestimmt, und zu diesen gehört auch das Bedürfnis nach Herrschaft über die eigenen Lebensbedingungen, nach Bestimmung der politischen, vor allen der staatlichen Entscheidungen, das Bedürfnis des Volkes nach eigener Herrschaft, nach Volksherrschaft. Solange es Politik gibt, ist das Bedürfnis nach Demokratie eine notwendige Triebkraft des politischen Lebens, prägt es die Beziehungen des Volkes zum Staat, solange es Klassen gibt, trägt die Demokratie Klassencha-

1 Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, ND vom 28.8.1987

rakter.<sup>2</sup> Dabei drücken die Vorstellungen und Sehnsüchte der Massen dieses Bedürfnis oft unklar, inkonsequent, verfälscht, manipuliert aus. Dennoch aber ist es untilgbar gleich den Bedürfnissen nach Essen, Kleidung, Wohnung, Arbeit und Kultur und gleich ihnen ein Versprechen auf den Sieg des Sozialismus und Kommunismus.

## These 2:

Soll dieses Bedürfnis gesellschaftsverändernd wirken, so bedarf es der Theorie, einer Theorie, die konkrete Formen der Bedürfnisbefriedigung aufdeckt, Voraussetzungen deutlich macht, den Gegner zeigt und die Mittel des Kampfes weist, die es erlaubt, Schwierigkeiten objektiver und auch subjektiver Natur zu bestimmen und auch zu sagen, was möglich und was unmöglich ist.

Erst mit dem Kapitalismus, mit den von ihm hervorgebrachten Produktivkräften, mit dem Entstehen der Arbeiterklasse waren die Voraussetzungen für eine solche Theorie gereift, deren Grundlagen von Marx und Engels geschaffen und die dann von Lenin weiter ausgebaut wurden. Dabei gilt auch für diese Seiten des Werkes von Marx, Engels und Lenin, dass ihre theoretischen Erkenntnisse aus ihrer Zeit heraus begriffen, in untrennbarem Zusammenhang mit dem Kampf der Arbeiterbewegung gesehen werden müssen. Die marxistische Theorie war ein Ergebnis der Arbeit von Intellektuellen im Bündnis mit der Arbeiterbewegung, auch mit den Widersprüchen, die daraus hervorgingen. Wie das gesamte Denken von Marx, Engels und Lenin kann auch die Entwicklung ihrer Demokratietheorie nur im Zusammenhang mit der Entwicklung der Arbeiterbewe-

2 Zur Gliederung der Bedürfnisse vgl. **[[G. G. ?]]** die Bedürfnisse der Persönlichkeit und die Gesellschaft, Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 1975, Heft 10, S. 1014 ff. U. Holzkampf-Osterkamp (Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung, Berlin 1981) und ihr folgend I. Dölling (Individuum und Kultur, Berlin 1986, S. 208 ff.) unterscheiden sinnlich-vitale und »produktive« Bedürfnisse.

gung verstanden werden. Der Marxismus war und ist nach einem Worte Franz Mehrings nicht die Theorie eines Individuums, sondern »der proletarische Klassenkampf, in Gedanken erfasst«, der sich in der historischen Entwicklung wandelt und deshalb keine ewige Wahrheit sein kann.<sup>3</sup>

Heutiges Demokratiedenken ist ohne steten Rückgriff auf das theoretische Erbe des Marxismus nicht zu leisten. Dabei ist dieses Erbe nur zu erschließen, wenn die Theoriegeschichte als Bestandteil der Geschichte der Arbeiterbewegung, des Klassenkampfes, der Demokratieentwicklung gesehen wird, ohne dass diese Geschichte selbst umfassend dargestellt werden kann.

Auf dieser Grundlage muß moderne, gegenwärtige marxistische Demokratietheorie die umfassenden, vielfältigen und widersprüchlichen Erfahrungen der heutigen Welt analysieren, das theoretische Erbe an ihnen erproben und, wenn notwendig, zu neuen theoretischen Schlussfolgerungen gelangen. Auf diesem Wege kann sie einen Beitrag zu der Theorie der entwickelten sozialistischen Gesellschaft leisten.

### These 3:

Marx und Engels begannen ihren politischen Weg Ende der 30er, Anfang der 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts als entschiedene Demokraten. Die politische Radikalität und die theoretische Konsequenz ihres Demokratiedenkens führte sie an die Seite der Arbeiterklasse, bestimmte ihren Weg zu Theoretikern der Arbeiterbewegung, zu den Begründern marxistischer Demokratietheorie und bewirkte zugleich, dass der Begriff der Demokratie in ihrem Werk eine immer geringere Rolle spielte.

Zunächst hatten Marx und Engels die Vorstellung der radikalen Demokratie übernommen. Die Werke von Börne, Heine und Büchner

3 F. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 2, Gesammelte Schriften, Bd. 2, Berlin 1960, S. 200.

gaben den demokratischen Bedürfnissen der Zeit ihren tiefsten und wirkungsvollsten Ausdruck. Eine entscheidende Rolle für das Denken von Marx spielten die Berliner Junghegelianer, der sogenannte Dokortklub, der die radikalsten Hegelianer unter der geistigen Führung Bruno Bauers vereinigte. Als leitender Redakteur der 1842 gegründeten »Rheinischen Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe« führte Marx einen entschiedenen Kampf gegen das bestehende Regime, gegen Zensur und Bürokratie, denen er zuerst die Presse und dann die Demokratie gegenüberstellte.

Das Scheitern dieses Kampfes trennte ihn von den bisherigen Freunden, zwang ihn, vom Felde der Politik auf das Feld der Theorie zu gehen, die hinter den politischen Widersprüchen sich verbergenden sozialen Widersprüche zu suchen. Mit dem Begriff der wahren Demokratie wurde auf die materielle Grundlage des Staates verwiesen. Er leitete den nächsten Schritt ein, die Aufgabe des politischen Demokratiebegriffs. In den Artikeln in den »Deutsch-französischen Jahrbüchern« gefordert, dass der Mensch die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, wurde erstmals das Proletariat als Träger dieser radikalen Revolution charakterisiert. »Die einzig praktisch mögliche Befreiung Deutschlands ist die Befreiung auf dem Standpunkt der Theorie, welche den Menschen für das höchste Wesen des Menschen erklärt.«<sup>4</sup> Damit war ein tiefgreifender theoretisch-ideologischer Bruch eingeleitet, der auch qualitative Folgen für die politische, die demokratische Konzeption hatte.

#### **These 4:**

Die Beseitigung des Privateigentums durch die Revolution des Proletariats war von Marx als Voraussetzung der Befreiung des Menschen postuliert worden. Nicht mehr der Staat, das Privateigentum war der eigentliche Feind. In den Mittelpunkt der theoretischen Arbeit von

4 MEW Berlin 1956–1983, Band 1, S. 370, S. 390 f.

Marx und Engels musste damit die Kritik der politischen Ökonomie rücken. Dabei sahen sie die Notwendigkeit bestimmter politischer Formen für die Aufhebung des Privateigentums, es wird sogar die Möglichkeit unterschiedlicher politischer Formen, demokratischer oder despotischer angedeutet. Das alles blieb aber unter den damaligen Umständen Andeutung und musste es bleiben. Die Hauptstoßrichtung von Marx und Engels stellte in dieser Periode auf die Aufdeckung der Grenzen des demokratischen Repräsentativstaates, der Grenzen der Politik: »Nur der politische Aberglaube bildet sich noch heutzutage ein, dass das bürgerliche Leben vom Staat zusammengehalten werden muß, während umgekehrt in der Wirklichkeit der Staat von dem bürgerlichen Leben zusammengehalten wird«, heißt es 1845 in der Heiligen Familie und: Die Menschen befreien sich jedes Mal nur soweit »als nicht ihr Ideal vom Menschen, sondern die existierenden Produktivkräfte ihnen vorschrieben und erlaubten«, heißt es 1846 in der deutschen Ideologie.<sup>5</sup>

In der Periode des Heranreifens der Revolution von 1848/49 spielte der Begriff der Demokratie nach wie vor – allerdings vornehmlich in den aktuell-politischen Arbeiten – eine Rolle. Ursache dafür waren das Bündnis mit kleinbürgerlichen Schichten, aber auch Vorstellungen in der Arbeiterklasse selbst. Auch in der Revolution musste das Proletariat zunächst die Rolle des äußersten linken Flügels der Bourgeoisie übernehmen, als äußerste demokratische Partei auf der Bühne auftreten. Mit der Junischlacht in Frankreich, mit dem Zerbrechen des Bündnisses der allgemeindemokratischen Bewegung in Deutschland ergab sich dann für Marx und Engels die Fragestellung nach dem Sturz der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats. Der Begriff der Demokratie wurde nicht mehr für die Charakterisierung der künftigen Ordnung benötigt, er war in anderen Kategorien aufgehoben, die wirkungsvoller die Abgrenzung von der bürgerlichen Ideologie gewährleisteten.

5 Ebenda, Band 2, S. 820, Band 3, S. 417

### These 5:

Nach der Niederlage der Revolution von 1848/49 vollzog sich in Deutschland in den 50er und 60er Jahren ein beschleunigter Aufstieg des Industriekapitalismus, wurde die industrielle Revolution zum Abschluß gebracht. Die Begegnung der wiedererwachten deutschen Arbeiterbewegung mit der Theorie fand nicht mit der Theorie von Karl Marx statt, sondern mit der Theorie Ferdinand Lassalles. Die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei, die organisatorische Trennung von Liberalen und Demokraten durch Ferdinand Lassalle bedeutete einen entscheidenden Schritt nach vorn für die deutsche Arbeiterbewegung.

Das Programm aber, auf dessen Grundlage diese Entwicklung erfolgte, die Theorie die ihr zugrunde lag, blieb weit hinter dem schon Erreichten zurück. Die gewaltige Differenz zu den Erkenntnissen von Marx und Engels fällt überall ins Auge. Wo dort von Klassenkämpfen die Rede ist, geht es hier um Ideen, die Herrschaft der Arbeiterklasse wird zur Herrschaft der Idee des Arbeiterstandes, die Produktivkräfte tauchen überhaupt nicht auf, aus der Zerschlagung des bürgerlichen Staates wird der Kampf um das allgemeine und direkte Wahlrecht. Am auffälligsten ist generell die grundlegende Rolle, die dem Staat als solchem, eben dem Staat, den Marx und Engels beseitigen wollten, zugesprochen wurde. Mit der Orientierung der Arbeiterbewegung auf dem Kampf um das allgemeine und direkte Wahlrecht hatte Lassalle zweifellos eine wichtige Frage des politischen Kampfes gestellt. Indem er aber diese und nur diese Frage stellte, musste dieser Ansatz zu einem Demokratieverständnis führen, welches Demokratie auf die Frage der Wahlen reduzierte.

Die Überlegungen von Lassalle waren sicherlich den damaligen deutschen Arbeitern in vielen verständlicher als die Theorie von Marx. Die Überlegung von Engels »Anti-Dühring« zu den utopischen Sozialisten, »dass dem unreifen Stand der kapitalistischen Produk-

tion, der unreifen Klassenlage ... unreife Theorien«<sup>6</sup> entsprechen, kann in gewisser Weise auch auf die damaligen deutschen Verhältnisse angewandt werden. Unreife Theorien aber führen zu Fehlern, sie unterstützen Pragmatismus und Subjektivismus. Eine verschwommene, idealistisch gefasste, national beschränkte Theorie, die praktisch auf die Rechtfertigung einer bestimmten Taktik hinauslief, musste die Arbeiterklasse theoretisch entwaffnen, musste verhindern, dass die Klasse mehr und mehr in der Lage ist, ihre Politik selbst zu begreifen und zu machen.

### **These 6:**

Der nächste grundlegende Schritt der Fortentwicklung des marx-schen politischen Denkens erfolgte als Verallgemeinerung der Erfahrungen der Pariser Kommune, des gewaltigsten Ereignisses in der Geschichte der Arbeiterbewegung nach 1848/49, des ersten Versuchs der Arbeiterklasse, die Macht zu ergreifen. Die Pariser Kommune hatte nur 72 Tage bestanden, vieles war unfertig und auch fehlerhaft, die ökonomische Befreiung erfolgte nur in Ansätzen. Dennoch war es jetzt zum ersten Male möglich, die positive Tätigkeit der proletarischen Macht zu analysieren, die Diktatur gegen die Ausbeuter ebenso wie die Beziehung der Arbeiter zu ihrer eigenen Macht. Marx und Engels hatten sich immer geweigert, in der Manier utopischer Sozialisten konkrete Aussagen über die Zukunft der sozialistischen Gesellschaft zu machen. Um so begieriger mussten sie die erste Erfahrung mit der politischen Herrschaft aufgreifen.

Marx sah für die von ihm verfasste Adresse des Generalrats der Internationale die Aufgabe, entschieden die Partei des Aufstandes, der revolutionären Gewalt zu ergreifen, die Kraft der Arbeiter und die Bestialität der Gegner zu zeigen, die gemachten Fehler zu analysieren, vor allem aber die bisherige politische Theorie zu überprü-

6 Ebenda, Band 30, S. 370, S. 258.

fen, den positiven Entwurf einer neuen politischen Ordnung zu zeichnen.

Die Arbeiter hatten, ohne von der marxischen Theorie auszugehen, Formen entwickelt, die den alten Staat ersetzen konnten. Ihre demokratischen Bedürfnisse, über sich selbst zu bestimmen, hatten es sie gelehrt, spontan eine politische Ordnung zu schaffen, die ihren Interessen entsprach und die Marx dann zu einem theoretischen Entwurf verdichtete.

Marx sah in der Ersetzung des stehenden Heeres durch das bewaffnete Volk, in der Wahl, Verantwortlichkeit und Absetzbarkeit der Volksvertreter wie der Beamten, in der Einheit von Gesetzgebung und Vollziehung, in der Besorgung des öffentlichen Dienstes für Arbeiterlohn »die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte«, die Gewährleistung des Absterbens des Staates. Nicht der alte bürgerliche Staat, sondern eine prinzipiell neue politische Form der »Selbstregierung der Produzenten«, der »Regierung des Volkes durch das Volk«,<sup>7</sup> der Befriedigung der demokratischen Bedürfnisse der Arbeiter, des Volkes war die welthistorisch neue Konzeption. Eine politische Form ohne Staatsmaschine, ohne besonderen Apparat bot allerdings auch keinen Raum mehr für die Fragestellung nach besonderen politischen Widersprüchen, nach spezifischen Fragestellungen zu ihrer Bewegung und damit nach einer spezifischen Demokratietheorie.

Die Pariser Kommune hatte bewiesen, dass die Arbeiterklasse nicht nur einen Aufstand durchführen, sondern auch eine neue politische Ordnung ohne die alte Staatsmaschine schaffen konnte. Nicht bewiesen hatte sie die dauerhafte Lebensfähigkeit dieser politischen Ordnung und damit des Marxschen Entwurfs. Nicht bewiesen hatte sie auch die Vereinbarkeit der Gewalt gegen die Konterrevolution – Marx hatte hier mehr Konsequenz gefordert – mit der Selbstregierung des Volkes.

7 Ebenda, Band 34, S. 128, Band 17, S. 339 u.S. 347.

## These 7:

Die brutale Niederschlagung der Pariser Kommune lähmte die Französische Arbeiterbewegung für längere Zeit. Marx und Engels gingen jetzt davon aus, dass das Schwergewicht der Bewegung von Frankreich auf Deutschland verlegt werde, wo inzwischen neben den Lassalleanern eine zweite Partei, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei existierte, die sich an den Prinzipien der Internationale orientierte. Zunächst aber hatte das Fanal der Pariser Kommune in Italien und vor allem in Spanien zu einem erheblichen Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung unter der Fahne Bakunins geführt. Damit musste die Auseinandersetzung zwischen Marx und Bakunin, die schon in den 60er Jahren begonnen hatte, ihren Höhepunkt erreichen.

Wiederum haben wir bei Bakunin eine sehr einfache, auf einen Punkt zugeschnittene Theorie. Dieser Punkt ist aber diesmal nicht das allgemeine und direkte Wahlrecht, sondern die totale Revolution gegen den Staat. Auch Marx und Engels waren Gegner des Staates, wollten Bürokratie und Gewalt abschaffen. Sie waren aber längst zu der Erkenntnis gelangt, dass dies die Abschaffung des Privateigentums voraussetze, die nur das Werk der Arbeiterklasse sein könne, dass hierfür ein bestimmter Stand der Produktivkräfte erforderlich sei, dass es einer längeren Vorbereitungsperiode bedürfte und dass auch nach dem Sieg eine politische Ordnung erforderlich sei. Bakunin sah in der Pariser Kommune eine Bestätigung seiner Ansichten, kritisierte sie aber zugleich in Konsequenz seiner Ablehnung der Gewalt. Er sah den Widerspruch zwischen Gewalt gegen die Konterrevolution und Selbstregierung des Volkes schärfer als Marx, aber seine Lösung bestand darin, dass er die bewaffnete Verteidigung ablehnte und dadurch die neue politische Ordnung mitsamt ihrem Widerspruch aufhob. Beide Seiten, Marx und Engels wie Bakunin, waren um das Verhältnis von heutiger Bewegung und Zukunft in Einheit von Kontinuität und Diskontinuität bemüht. Der entscheidende Unterschied bestand aber darin, dass Bakunin im Staate das entscheidende Hemmnis sah, den politischen Kampf für unzulässig

hielt, soweit er nicht unmittelbar auf die Revolution gerichtet war, und vor allem diese Revolution für zu jeder Zeit möglich ansah, keine objektiven Kriterien angab.

Mit der Kritik des Gothaer Programms der deutschen Sozialdemokratie und Engels Brief an Bebel wurde 1875 die Auseinandersetzung mit Lassalle und Bakunin in gewisser Weise abgeschlossen. Marx und Engels richteten ihre Hauptkritik in ihren Stellungnahmen gegen die von den Eisenachern geschlossenen theoretischen Kompromisse, im Grunde aber gegen das mangelnde theoretische Niveau beider Parteien. Von besonderem Interesse ist dabei die Position von Marx und Engels zu politischen Grundfragen. So wendete sich Engels gegen den Gebrauch des Wortes Volksstaat, der besonders von den Anarchisten bis zum Überdruß kritisiert worden sei. Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallenlassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war. Marx griff von derselben Position her den Terminus freier Staat an. »Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln.« Der Periode der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die kommunistische Gesellschaft entspräche eine »politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats«. Für diese Periode wird zugleich von der Verteilung nach der Leistung – nicht mehr nach dem Eigentum – ausgegangen und ihr das bürgerliche Recht zugeordnet.<sup>8</sup>

Die Diktatur des Proletariats wird damit – und darin liegt wohl der wesentlichste Erkenntnisfortschritt gegenüber ihrer Charakterisierung in der Revolution von 1848/49 – nicht mehr als revolutionäres Provisorium, sondern – unter Verarbeitung aller Überlegung zur Selbstkritik proletarischer Revolutionen zu der ganzen Reihe erforderlicher geschichtlicher Prozesse – als Periode, wenn auch als Übergangsperiode, gefasst.

8 Ebenda, Band 19, S. 6f., S. 27f., S. 20f.

## These 8:

Marx und Engels sahen ihre Hauptaufgabe darin, die sich rasch entwickelnde internationale Arbeiterbewegung theoretisch zu unterstützen. Damit stand im Mittelpunkt die deutsche Arbeiterbewegung, die sich an die Spitze der europäischen Bewegung gesetzt hatte und sowohl von der zunehmenden Stärke als auch vom theoretischen Niveau her immer mehr ihre Erwartungen rechtfertigte. Eine wesentliche Rolle spielte dabei der Anti-Dühring, der neben der Auseinandersetzung mit Dühring eine Zusammenfassung Marx-/Engelsscher Positionen zu vielen Grundfragen bot. Von wesentlicher Bedeutung waren dabei die Überlegungen zum Verhältnis von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften, zur Reife der Produktivkräfte und zur Rolle des Staates bei der Lösung des Konflikts von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. »Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, und damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat.«<sup>9</sup> In wenigen raschen Sätzen wurde hier ein Weg skizziert, der seit 1917 bereits Jahrzehnte dauert und dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Staatseigentum kann hier, wenn Engels vom ökonomischen Eigentum spricht, nur bedeuten, dass die Staatsgewalt – nicht das Proletariat als Klasse unmittelbar – in die Produktionsverhältnisse eintritt, dass sie soweit produktive Tätigkeit ausübt, dass der Staat zum ökonomischen Zentrum wird. Der Marxsche Entwurf der künftigen politischen Form hatte bereits den Widerspruch der Gewalt gegen die Konterrevolution und der Selbstregierung des Volkes enthalten. Jetzt tritt der Widerspruch zwischen Staatseigentum und Selbstregierung des Volkes hinzu. Je weniger reich die Produktivkräfte tatsächlich waren, desto länger musste der »erste Akt« von Engels dauern, desto gewichtiger musste dieser Widerspruch werden.

9 Ebenda, Band 20, S. 260 ff.

Anfang 1890 fiel das Sozialistengesetz Bismarcks, die deutsche Arbeiterbewegung hatte einen großen Sieg errungen, der ihre Stellung international weiter festigte, die Möglichkeit und die Notwendigkeit eines neuen Programms war gegeben. Mit der Wiederveröffentlichung des »Bürgerkriegs in Frankreich« wollte Engels wieder auf die prinzipielle Haltung zum bürgerlichen Staat orientieren. Er hob in seiner Einleitung hervor, dass der Staat nichts sei als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie. Zugleich machte er erstmalig auf den inneren Widerspruch des Kommune-Entwurfs aufmerksam. Die Arbeiterklasse müsse sich gegen ihre eigenen Abgeordneten und Beamten sichern.

Mit dem Fall des Sozialistengesetzes hatte ein stürmischer Siegeszug der deutschen Arbeiterbewegung eingesetzt. Er erfüllte Engels mit der Hoffnung, daß jetzt endlich die Partei, auf die Marx und er ihr Vertrauen gesetzt hatten, den Sieg erringen werden. In seiner Einleitung zur Marxschen Schrift »Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850« arbeitete Engels wie niemals zuvor die Bedeutung der bürgerlichen Demokratie, insbesondere des Wahlrechts für den Kampf und Sieg der Arbeiterbewegung heraus, ohne allerdings ihr Recht auf Revolution auch nur einen Augenblick in Frage zu stellen.

### **These 9:**

In den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts vollzogen sich tiefgreifende ökonomische und politische Veränderungen, die später von Lenin als Übergang zum Imperialismus gekennzeichnet wurden. Die politischen Erfolge der Arbeiterbewegung, der Wegfall der Bedrohung durch Ausnahmegesetze einerseits, die Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur, die Entwicklung zum Imperialismus andererseits zwangen die Arbeiterbewegung, zwangen ihre Theoretiker zum Neudurchdenken der Position zum bürgerlichen Staat, zur (bürgerlichen) Demokratie. Es ging nicht einfach darum, eine ausgearbei-

tete Theorie auf die politische Praxis anzuwenden. Die veränderte Situation bedurfte neuer theoretischer Anstrengungen.

Eingeleitet wurde die Diskussion durch eine Reihe von Arbeiten von Eduard Bernstein. So umfassend er auch ökonomische Fragen behandelte, sein eigentliches Anliegen war die politische Theorie. Einmal wurde von Bernstein die ökonomische These vornehmlich des Kommunistischen Manifests einer ständigen Verschärfung der inneren kapitalistischen Widersprüche und mit ihr die ökonomische Zwangsläufigkeit angegriffen. Zum anderen stellte er das Postulat einer ständigen Entfaltung der Demokratie auf. Die auf dem Gebiet der Ökonomie in Frage gestellte Gesetzmäßigkeit wurde auf das Gebiet des Überbaus verlegt. Sozialismus wurde auf Demokratie reduziert, Diktatur des Proletariats in Frage gestellt.

Von der Partei wurden diese Auffassungen mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, aber zugleich theoretische Auseinandersetzungen überwiegend defensiv geführt, auf die neuen, von Bernstein und anderen aufgeworfenen Fragen ungenügend Antworten gegeben. Das betraf auch und gerade den Wortführer der Orthodoxie, Karl Kautsky. Kautsky negierte nicht das aktive revolutionäre Handeln des Proletariats. Aber er konzentrierte seine Argumentation auf die Verteidigung der von Marx und Engels herausgearbeiteten ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus. Beherrschend war ein durch den Terminus naturnotwendig ausgedrücktes Verständnis historischer Gesetzmäßigkeiten, das Alternativen weitgehend ausschloß. Eine Antwort auf die drängenden politischen Fragen wurde damit nicht gegeben. Eine gewissermaßen lückenlose Kette wachsender Betriebsgröße, Zunahme der Arbeiterklasse, Zunahme der revolutionären Kraft vermochte Siegeszuversicht zu geben, aber es war eine Zuversicht, die auf gleichsam äußerliche Prozesse gestützt war, die mangels historischer Alternativen die eigene Verantwortung nicht deutlich machte, die bei »Stockungen« in den »Naturprozessen« notwendig zu ideologischen Schwierigkeiten führen musste. Das betraf sowohl die Auswirkung der Hebung des Lebensstandards bei wachsenden Teilen der Arbeiterklasse, das betraf vor allem auch das Integrationspotential der bürgerlichen Demokratie, das betraf

---

ebenso die konkreten Formen und Methoden des Kampfes um die Macht.

Die wirksamste, weil auch auf dem eigentlich entscheidenden, dem politiktheoretischen Felde geführte Auseinandersetzung mit Bernstein erfolgte durch Rosa Luxemburg. Sie erklärte die ununterbrochene Entwicklung der Demokratie für ein Luftgebilde. Zwischen der kapitalistischen Entwicklung und der Demokratie ließe sich kein innerer absoluter Zusammenhang konstruieren, die bürgerliche Demokratie bewege sich heute auf absteigender Linie. Vor allem unterschied sie zwischen bürgerlich demokratischen Formen als Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, deren Ausbildung wesentlich vom Kampf der Arbeiterklasse abhängen, an denen die Arbeiterklasse auf das Lebhafteste interessiert sei, die sie auch in ihr eigenes politisches System einbringen werde einerseits und dem politischen System der bürgerlichen Ordnung als Ganzes andererseits. Die bürgerlichdemokratischen Formen sind also demokratisch, weil und indem sie das Proletariat als Klasse zur Machtergreifung reifen lassen. Mit dieser Position wurden die Konsequenzen gezogen aus der Realität der heranreifenden bürgerlichen Demokratie, der wachsenden Rolle bürgerlich-demokratischer Formen. Damit war ein wichtiger Ansatz für die spezifisch marxistische Demokratietheorie für die bürgerliche Gesellschaft gewonnen, eine Demokratietheorie, die die bürgerlich-demokratischen Formen in ihrem Wert für die Arbeiterklasse anerkannte, zugleich aber sie als Vorstufe zur neuen Qualität der Diktatur des Proletariats verstand, von der Einheit von Diskontinuität und Kontinuität in der Demokratieentwicklung ausging.

Dieses revolutionäre Verständnis brachte Rosa Luxemburg immer stärker in Gegensatz nicht nur zu den revisionistischen, sondern auch zu den zentristischen Kräften in der Sozialdemokratie. Sie übte eine immer schärfere Kritik an der konservativ gewordenen Führung der Partei, am Apparat von Partei und Gewerkschaft. Diese Frontstellung war – verbunden mit einer bestimmten Überschätzung der Rolle der Spontaneität der Massen und Unterschätzung der Notwendigkeit des Apparats – auch bestimmend für ihre Kritik am Organisationskon-

zept der Bolschewiki unter den gänzlich anders gearteten Bedingungen Russlands auf dem Boden der gemeinsamen proletarischen Klassenposition, der gemeinsamen Ablehnung des Vertrauens in einen von der Entwicklung der Produktivkräfte ausgehenden automatischen naturgesetzlichen Fortschritt.

Die Rolle der deutschen Sozialdemokratie beim Ausbruch des ersten Weltkrieges bestätigte die schlimmsten Befürchtungen Rosa Luxemburgs. Sie setzte alle Kraft daran, eine revolutionäre Orientierung der deutschen Arbeiterklasse wieder durchzusetzen. Mit dem von ihr verfassten Programm und ihren Reden auf dem Gründungsparteitag der KPD an der Jahreswende 1918/19 wurde eine revolutionäre Demokratiekonzeption wieder Grundlage praktischer Politik in Deutschland: »Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewusster freier Selbstbestimmung lenkt. Nur in ständiger lebendiger Wechselwirkung zwischen den Volksmassen und ihren Organen, den Arbeiter- und Soldatenräten, kann ihre Tätigkeit den Staat mit sozialistischem Geist erfüllen.«<sup>10</sup>

### **These 10:**

Der Weg zur sozialistischen Praxis wurde zuerst nicht in Deutschland, er wurde in Russland gegangen. Hier wurde die marxistische Demokratietheorie in ihrer Entwicklung durch Lenin erstmals mit der historischen Praxis des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft konfrontiert, musste sie ihren Wirklichkeitsgehalt bewähren, mussten auch die notwendigen Schlussfolgerungen aus der geänderten Wirklichkeit gezogen werden.

Im Unterschied zu Marx und Engels nimmt bei Lenin der Begriff der Demokratie einen zentralen Platz ein. Er war zu der Erkenntnis

10 R. Luxemburg GW, Berlin 1970–1975, Band 4, S. 494

gelangt, dass unter den Bedingungen des imperialistischen Russlands, mit seiner weit überwiegenden bäuerlichen Bevölkerung und seiner sich seit 1861 dahinschleppenden Agrarreform, die Zusammenführung des revolutionären Potentials der russischen Bauernschaft mit einem im Geiste des Marxismus erzogenen Proletariat die historisch einmalige Gelegenheit bot, den Prozeß der proletarischen Weltrevolution durch eine demokratische Revolution unter der Führung der Arbeiterklasse einzuleiten, deren Strategie er 1905 in seiner Schrift »Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution entwickelt hatte.

Bei Lenin ist der Demokratiebegriff nicht zu trennen von der Bauernschaft, die ja die Mehrheit des Volkes bildete. Der Inhalt des Begriffs der demokratischen Revolution wird bestimmt durch die Interessen der beiden revolutionären Klassen, des Proletariats und der Bauernschaft. Diese Fassung des Demokratiebegriffs ist abgeleitet von den spezifisch russischen Verhältnissen, sie stellt zugleich, weil sie erstmals mit dieser Schärfe die Bündnisfrage aufgeworfen hat, einen wichtigen Beitrag zur marxistischen Demokratietheorie dar. Zugleich knüpfte Lenin in dieser Periode an die Jakobiner, an den Marx von 1848 an, wenn er die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft als unbeschränkte außergesetzliche Macht fordert.

Die erste russische Revolution war blutig niedergeschlagen worden. Die erneute Zuspitzung der sozialen Gegensätze im ersten Weltkrieg führte zum Sturz des Zarismus in der Februarrevolution 1917. Die neue Regierung setzte den Krieg fort, zögerte die Lösung der Agrarfrage hinaus. Die über die Klasseninteressen des Proletariats hinausreichenden demokratischen Triebkräfte wirkten fort und sollten zur Grundlage einer proletarischen Revolution werden. Lenin entwickelte deren Zielsetzung in der Verbindung der Erfahrungen der vom Proletariat spontan entwickelten Sowjets mit dem Marxschen Entwurf der Pariser Kommune. Erstmals seit 1871 wurde in den Aprilthesen der Entwurf der Pariser Kommune wieder aufgegriffen als das unmittelbare Programm einer Revolution, wurde ein Staat nach dem Vorbild der Pariser Kommune gefordert.

In »Staat und Revolution« wird diese Überlegung ausgebaut, erscheint sie als Schlussfolgerung des Marxschen Werkes. Die Ersetzung der bürgerlichen Macht durch eine vollständigere Demokratie verwandelt nach Lenin den Staat »in etwas, was eigentlich kein Staat mehr ist«. Die politische Form des »Staates« sei jetzt die vollkommenste Demokratie, der Staat müsse »auf neue Art« demokratisch (für die Proletarier und überhaupt für die Besitzlosen) und auf neue Art diktatorisch (gegen die Bourgeoisie sein). Der Widerstand der Bourgeoisie müsse gehalten werden, und zwar entschlossener als dies die Pariser Kommune getan habe, aber wenn das durch die Mehrheit des Volkes erfolge, so sei eine besondere Repressionsgewalt schon nicht mehr nötig. Neben dieser Hauptargumentationslinie gab es eine zweite Argumentationslinie, die sich vornehmlich auf die »ökonomischen Grundlagen für das Absterben des Staates« bezieht. In der ersten Phase des Kommunismus sei die Verteilung nach der Leistung notwendig, die des »bürgerlichen« Rechts bedürfe, das seinerseits den bürgerlichen Staat erfordere. Gleichzeitig ist von einem das gesamte Volk umfassenden »Staatssyndikat« die Rede,<sup>11</sup> also letztlich vom Staat als Eigentümer, dem in zwei weiteren kleinen Schritten unmittelbar vor der Revolution vornehmlich die Aufgabe von Rechnungsführung und Kontrolle übertragen wird. Das neue Eigentum setzt neben den »Kommunestaat« jetzt den »bürgerlichen Staat«. Je näher die Stunde der Machtergreifung heranrückte, desto mehr Aufgaben wurden vom Realisten Lenin dem »Kommunestaat« übertragen, desto schwieriger erschien ihre Vereinigung.

### These 11:

Am 7. November 1917 wurde die Provisorische Regierung durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Mehrheit der werktätigen Bauern unter Führung der Bolschewiki gestürzt, die Macht der Sowjets aus-

11 LW Berlin 1955–1964, Band 25, S. 433, S. 425, S. 454.

gerufen. Die in kürzester Zeit entstandene Notwendigkeit für die Revolutionäre, die Richtung des Kampfes grundlegend zu ändern, neue Methoden anzuwenden, die Partei der schärfsten Opposition in eine Partei der Macht zu verwandeln, verlangten gebieterisch theoretische Schlussfolgerungen. Auch die Frage der Demokratie musste in neuer Weise gestellt werden. Von der Arbeiterbewegung der weit höher entwickelten europäischen Länder im Stich gelassen, waren die Bolschewiki gezwungen, den Aufbau des Sozialismus unter den schwierigsten nur denkbaren Bedingungen zu beginnen. Immer gebieterischer entwickelte sich die Notwendigkeit des Aufbaus eines eigenen neuen Machtapparats, zuerst auf militärischem, dann auch auf wirtschaftlichem Gebiet.

Das Programm der erforderlichen Wende finden wir in Lenins »Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht«. Er formulierte hier, nicht einmal ein halbes Jahr nach der Revolution, die Grundaufgabe jeder sozialistischen Revolution, »eine Gesellschaftsform zu schaffen, die höher ist als der Kapitalismus, nämlich: die Steigerung der Arbeitsproduktivität und im Zusammenhang damit (und zu diesem Zweck) die höhere Organisation der Arbeit«, forderte tatsächliche und nicht nur formelle Vergesellschaftung, forderte unbedingte Unterordnung unter die Einzelleiter, hohe Bezahlung der Spezialisten, die Übernahme positiver Seiten des Taylorsystems. Die Notwendigkeit der Abweichung von den Prinzipien der Pariser Kommune war offenbar.

Das staatliche sozialistische Eigentum, die Beseitigung der Elementarherrschaft des Marktes ist Voraussetzung der tatsächlichen Vergesellschaftung, wird aber in seinem Inhalt durch den Fortgang dieser Vergesellschaftung bestimmt. Mit diesem Staatseigentum, mit der staatlichen Wirtschaftsleitung, nimmt der Staat einen zentralen, notwendigen Platz ein, spielt er eine qualitativ neue Rolle. Der Eigentümerstaat droht den Kommunestaat nicht nur zu ergänzen, sondern zu sprengen.

Aus den Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes, aber auch, und das war für die Zukunft noch bedeutsamer, aus dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln ergab sich die Notwendigkeit des Staatsapparates, ergab sich zugleich die Gefahr des

Bürokratismus, ergab sich zum ersten Mal und seitdem immer wieder die Frage nach der Gestaltung des Verhältnisses von Massen und eigenem Staat als Frage der sozialistischen Demokratie, auf die Lenin die Antwort den demokratischen Zentralismus gab, der Mannigfaltigkeit »der Formen und Methoden der Kontrolle von unten«, um jede kleinste Möglichkeit, die Sowjetmacht zu entstellen, zu paralisieren, um das Unkraut des Bürokratismus immer wieder unermüdlich auszureißen«. <sup>12</sup>

Nicht mehr rasches Absterben des Staates, seines Apparates, stand auf der Tagesordnung, sondern seine Nutzung. Die Frage der Demokratie als die Frage nach dem Verhältnis von Volksmassen und Staat stellt sich jetzt in bezug auf das Verhältnis der Volksmassen zum sozialistischen Staat. Je deutlicher die lange Dauer des Sozialismus wird, je deutlicher es wird, wie lange der Staat besteht, desto mehr wird die Demokratiefrage wieder zur eigenständigen Frage, wächst das Bedürfnis nach einer spezifischen Demokratietheorie, kann und muß an die Fragestellung, die Marx einst in bezug auf den bürgerlichen Staat entwickelt hatte, angeknüpft werden.

### **These 12:**

Die durch den Brester Frieden eingeleitete Atempause hatte nur kurz gedauert. Bald stand die Sowjetmacht in einem Kampf auf Tod und Leben gegen die einheimische Konterrevolution und den ausländischen Imperialismus. Die Notwendigkeiten des Krieges führten schrittweise zu einem außerordentlich starken Zentralismus, die Ware-Geld-Beziehungen starben fast völlig ab. Dieses System staatlicher Leitung der Wirtschaft ging dann in die Geschichte unter der Bezeichnung »Friedenskommunismus« ein.

Der Schärfe der militärischen Auseinandersetzung entsprach die Schärfe der ideologischen Auseinandersetzung, zu deren Sprecher

12 LW a. a. O., Band 27, S. 247, S. 230 f., S. 239, S. 266.

sich vor allem Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, allen voran Karl Kautsky, machten. Als Antwort auf Karl Kautsky schrieb Lenin ein Jahr nach »Staat und Revolution« seine zweite große demokratietheoretische Arbeit.

Kautsky nahm im Wesentlichen, ungebrochen durch die Erfahrung der Kapitulation der II. Internationale 1914, durch die Bestialitäten der herrschenden Klasse aller Länder im Ersten Weltkrieg seine alte Argumentation wieder auf, verfocht die »naturgesetzmäßige« Entwicklung von Großbetrieb, Proletariat und Demokratie. Die Demokratie sei heute in Deutschland für uns, wir sind nicht in der Lage des russischen Bolschewismus, wir bedürfen nicht der Diktatur, schrieb er. Der Krieg erschien für ihn als bloßer Betriebsunfall einer ansonsten unaufhaltsamen und nur durch vorzeitige Revolution aufzuhaltenden Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, auf ökonomischem wie auf politischem Gebiet.

Lenin musste als Staatsmann und Kämpfer für die erwartete Revolution im Westen antworten. Er konnte nur eine Frage stellen, die Frage der Sicherung der erstmals errungenen Macht in Russland und der Erringung der Macht im Westen. Er musste die Macht, so wie sie unter diesen Bedingungen war, verteidigen und zur Revolution im Westen, um dieser Macht zu Hilfe zu kommen, aufrufen.

Lenin lehnte die allgemeine Gegenüberstellung von Diktatur und Demokratie ab. Entscheidend sei der Inhalt, nicht die Form der Demokratie, dieser Inhalt aber sei Klasseninhalt. Lenin hatte niemals den Wert der bürgerlich-demokratischer Formen im Kapitalismus verkannt, ihm war auch der Wert demokratischer Formen im Sozialismus bewusst. Aber zu diesem Zeitpunkt, zu dieser Stunde – und die Wahrheit war für Lenin immer konkret – war der Wert derartiger Formen kein Thema für Lenin. Die Form der Erhaltung und Verteidigung der Macht im Bürgerkrieg war die der härtesten Diktatur: »Wir mussten die Diktatur des Proletariats in ihrer härtesten Form verwirklichen.«<sup>13</sup> Eben deshalb griff Lenin die Bemerkung Kautskys von

13 Ebenda, Band 29, S. 203.

der Diktatur als Herrschaft eines einzelnen, der an keinerlei Gesetze gebunden ist, sofort auf und definierte seinerseits die Diktatur als eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keine Gesetze gebunden ist.

Die Diktatur in ihrer härtesten Form gewährleistete die Ausschaltung der Macht des Privateigentums, sie wirkte für grundlegende Interessen der Arbeiter, sie beschränkte aber auch die Demokratie für die Werktätigen, die Nutzung demokratischer Formen.

Lenin hat die Beschränkung der Demokratie für die Werktätigen als Beschränkung der Potenz der Klasse, als Verlust, wenn auch als unvermeidlichen, gesehen. Deshalb blieben für ihn stets wahrer Demokratismus und vollkommene Demokratie Maßstab, blieben Ziel, müssen über die proletarische Demokratie vorbereitet werden. Die Diktatur des Proletariats war für Lenin nicht die vollkommene Demokratie, aber ihre unabweisbare Vorstufe. Sie mußte notwendig in Widerspruch zu den demokratischen Sehnsüchten der Massen treten, umso schärfer, je härter die Diktatur ausgeübt wurde, ausgeübt werden mußte.

### **These 13:**

Ende 1920 wurde nach sieben Jahren Krieg der friedliche Aufbau zur Hauptaufgabe des schwer zerstörten Landes. Partei, Staat und Volksmassen mußten es lernen, auf neue, auf ganz andere Weise zu arbeiten. Dabei konnte an wurde immer deutlicher, daß die damals gewonnenen Erkenntnisse nicht ausreichten. Das betraf vor allem die Konzeption zur materiellen Interessiertheit, zur Ökonomie des Sozialismus, zu seinen ökonomischen Gesetzen und den ich daraus ergebenden Konsequenzen für die Demokratie.

Die Auseinandersetzung begann innerhalb der Arbeiterklasse, mit der Gewerkschaftsdiskussion. Dabei war das Hauptproblem, die schwerste Belastung, der Zusammenfall zweier Widersprüche, des sich erstmals auftuenden Widerspruchs zwischen Arbeiterklasse und Bauern. Die Hauptkritik richtete sich gegen bürokratische Erschei-

---

nungen im Staat und in der Gewerkschaftsleitung. Lenin forderte den langwierigen Kampf gegen den Bürokratismus, er forderte den Schutz der Arbeiter auch vor Maßnahmen des eigenen Staates und wandte sich gleichzeitig mit Entschiedenheit gegen die Aufhebung des staatlichen sozialistischen Eigentums durch die Beseitigung der Leitung durch die Partei und Staat entsprechend den Vorstellungen der Arbeiteropposition.

Mit dem Sieg, mit der neuen ökonomischen Politik wurde 1921 eine qualitativ neue Konzeption der Wirtschaftspolitik entwickelt. Sie ging zunächst von der Notwendigkeit aus, das politisch-militärische Bündnis mit den Bauern auf eine neue, tragfähige, auf eine ökonomische Grundlage zu stellen. Die Sowjetmacht wurde ein weiteres Mal, und diesmal weit kräftiger, weit elementarer mit der Wucht der ökonomischen Gesetze konfrontiert, die in kurzer Zeit zu einer weitgehenden Umgestaltung des gesamten wirtschaftlichen Mechanismus führte. Auf den Ausbau der Ware-Geld-Beziehungen zu den Bauern mit Hilfe der Naturalsteuer folgte dann sehr bald die Überprüfung der staatlichen und der kapitalistischen Betriebe durch den Wettbewerb, auf dem Markt. Lenin hat damals häufig vom Rückzug gesprochen. Das war berechtigt hinsichtlich der Wiederzulassung des Kapitalismus. Das Entscheidende an der NÖP war aber nicht dieser Rückzug, sondern der damals eingeschlagene Vormarsch zu einer sozialistischen Ökonomie, die den Möglichkeiten des staatlich-sozialistischen Eigentums breitere Bahn bot, die Illusionen des Kriegskommunismus überwand. Damit war vor allem auf ökonomischem Gebiet eine für längere Zeit tragfähige Konzeption entwickelt, die nicht nur den Übergang zum Sozialismus ermöglichen sollte, sondern auch wesentliche weiterwirkende Elemente enthielt.

In Bezug auf Fragen des politischen Systems, insbesondere auf Fragen der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, wurden nur partielle Antworten gegeben. Das lag entscheidend am niedrigen Stand der Produktivkräfte und der Kultur, an der fortdauernden Isolierung des Landes. Dabei spielte in der letzten Lebenszeit Lenins die Bürokratismusfrage eine immer wachsende Rolle. Es war deutlich geworden, daß die qualitativ neue Rolle des Staates, seines Appara-

tes, für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Bürokratismus mit sich bringen mußte. Dessen Gefahr wurde umso mehr verschärft, je stärker äußerer Druck, je mehr die Drohung des Krieges, je mehr die Notwendigkeit rascher Aufhebung des gewaltigen ökonomischen Rückstandes zur Zentralisierung zwang.

Lenin hat keinen neuen Entwurf der Verbindung von Massen und eigenem Staat im Sozialismus auf der Grundlage der Erfahrungen der NÖP vorlegen können. Er hat aber eine Reihe wichtiger Fragen gestellt, die für die marxistische Demokratietheorie von weiterwirkender Bedeutung sind. Hierher gehören die Rolle entwickelter Ware-Geld-Beziehungen für die Vergesellschaftung, für die Einschränkung des Bürokratismus, das Gewicht der Demokratie in der Produktion, insbesondere der Gewerkschaften, der Ausbau der Rolle der territorialen Sowjets, die Bedeutung von Recht und Gesetzmäßigkeit für die Entwicklung der Demokratie. Die wichtigste Frage aber war für Lenin die Erhöhung der Kultur des Volkes und des Apparats, »weil in diesen Dingen nur das als erreicht gelten darf, was in die Kultur, in das Alltagsleben, in die Gewohnheiten eingegangen ist.«<sup>14</sup>

### **These 14:**

In den Jahren bis 1924 war die revolutionäre Nachkriegskrise des kapitalistischen Systems zu Enge gegangen. Alle Hoffnungen und Erwartungen in Bezug auf Unterstützung durch das Proletariat der entwickelteren Länder waren nicht in Erfüllung gegangen. In der Sowjetunion musste ein Programm des Aufbaus des Sozialismus in einem Lande entwickelt werden. Dieses Programm wurde von J. W. Stalin mit ungeheurer Energie verfochten. Unter schwersten Belastungen, in härtesten Kämpfen wurde dem Land des Sozialismus eine industrielle Basis gegeben, das Gesicht des Landes verändert. Die

14 Ebenda, Band 33, S, 475.

Bildung breiter Bevölkerungsmassen, vieler Millionen Menschen wuchs sprunghaft an, sie wurden qualifiziert und politisiert.

Gleichzeitig waren diese Veränderungen begleitet von einer gewaltigen Zentralisierung der Leitung der Gesellschaft durch Parteiführung und Staat. Diese Zentralisierung konnte nicht ohne Auswirkungen auf die sozialistische Demokratie, auf die Demokratie für die Werktätigen bleiben. Die »komplizierte internationale und innere Lage erforderte eiserne Disziplin und ständige Erhöhung der Wachsamkeit sowie strengste Zentralisierung der Führung, was sich negativ auf die Entwicklung einiger demokratischer Formen auswirken musste. Im Verlauf des erbitterten Kampfes mit der ganzen Welt des Imperialismus musste unser Land zu gewissen Beschränkungen der Demokratie greifen«. Sie wurden darüber hinaus zur Norm erhoben.<sup>15</sup>

Prägend für diese Periode waren die theoretischen Arbeiten Stalins. Diese Arbeiten enthalten viele richtige Erkenntnisse, vieles von Marx, Engels und Lenin war in sie aufgenommen. Die Gefahr der Stalinschen Arbeiten aber lag in der Verabsolutierung der von Stalin getroffenen Auswahl. Lenin hatte innere Widersprüche, nichtantagonistische Widersprüche der neuen Ordnung von Anfang an analysiert und ins Bewusstsein gehoben. Stalin dagegen rückte der Lösung der Frage »wer-wen« die Entwicklung der Produktivkräfte in den Mittelpunkt der Betrachtung der inneren Beziehungen. Die eigentlich soziale Triebkraft war der äußere Klassenkampf zwischen Sozialismus und Imperialismus, die Widersprüche im Inneren werden von diesem Gegensatz beherrscht. Nur auf dieser Grundlage war es möglich, dass trotz der Aufhebung des Antagonismus im Inneren von einer ständigen Verschärfung des Klassenkampfes gesprochen werden konnte. Es bestand nur die Alternative von der Harmonie befreundeter Klassen und Schichten auf der einen, der Verschärfung des Klassenkampfes auf der anderen Seite.

Auf der Grundlage dieses Herangehens blieb kein Raum für eine spezifische Demokratiefragestellung, Diktatur des Proletariats und

15 Über die Überwindung des Personenkults und seiner Folgen, Berlin 1956, S. 13 ff.

proletarische bzw. sozialistische Demokratie wurden identifiziert, spezifische Fragestellungen nach einem Widerspruchsverhältnis von Massen und eigenem Staat, nach der Freiheit eines jeden wurden nicht entwickelt. Zwischen bürgerlicher und proletarischer bzw. sozialistischer Demokratie gab es nur Diskontinuität und keine Kontinuität. Die Gefahr war groß, die spezifischen Bedingungen dieses isolierten Landes mit den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung des politischen Systems des Sozialismus, der sozialistischen Demokratie zu identifizieren, den so schwer erkämpften eigenen Weg für den einzig richtigen, einzig möglichen zu halten.

### **These 15:**

Gleichzeitig reifte mit der Gefahr eines vom deutschen Faschismus ausgelösten Zweiten Weltkrieges die Notwendigkeit heran, auf neuer strategischer Ebene eine Einheitsfront gegen diese Gefahr zu schaffen. Diese neue Strategie bedurfte auch neuer Überlegungen über den Weg zum Sozialismus, auch neuer Überlegungen zur Demokratie. Die erforderliche Wende in der Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung vollzog sich mit dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

In seiner Vorbereitung erfolgte eine tiefere Analyse der Ursachen der Niederlage der Arbeiter mehrerer Länder, vor allem Deutschlands, des Wesens des Faschismus, der Notwendigkeit der Entwicklung neuer Kampfformen in Westeuropa, neuer Überlegungen zur bürgerlichen Demokratie. Eine wesentliche Rolle spielten in diesem Zusammenhang Überlegungen Gramscis zur Nutzung von Positionen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zur Vorbereitung der Arbeiterklasse auf die Machtergreifung, zur Erwerbung politisch-kultureller Macht bereits vor der Revolution. Au dem VII. Weltkongreß bildete der Kampf gegen die Gefahr eines neuen Krieges, eines Krieges gegen die Sowjetunion den Ausgangspunkt für eine neue Konzeption des Kampfes der Kommunisten im Westen, die von Dimitroff entwickelt wurde. Dimitroff forderte vor allem die eindeutige Unter-

scheidung zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie. Die Einheitsfront gegen den Faschismus mit der Sozialdemokratie machte ein eindeutiges Bekenntnis zur Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Rechte erforderlich. Wieder war, wie in der Konzeption Lenins in Vorbereitung der russischen Revolution, die Frage der Demokratie mit der Frage des Sozialismus zu verbinden. Aber war damals die Frage der Demokratie in erster Linie eine Frage des Bündnisses mit den Bauern, der großen Mehrheit des Volkes gewesen, so ging es jetzt, in fortgeschrittenen Industrieländern des Westens, auch um die Arbeiterklasse selbst, um ihr Verhältnis zu den in der bürgerlichen Ordnung in schweren Kämpfen errungenen bürgerlich-demokratischen Rechten. »Viel Blut des Proletariats aller Länder ist geflossen, um die bürgerlich-demokratischen Freiheiten zu erkämpfen, und es ist begreiflich, dass das Proletariat mit allen seinen Kräften für ihre Erhaltung kämpfen wird.«<sup>16</sup>

Wieder handelte es sich wie einst beim Übergang zur NÖP in Russland nicht einfach um einen Rückzug, um Zugeständnisse, sondern im Kern der Dinge um neue Überlegungen, zum Weg zur Eroberung der Macht der Arbeiterklasse und zum Sozialismus. Das galt für den VII. Weltkongreß und gleichermaßen für die Brüsseler Konferenz der KPD, die mit ihrem Bekenntnis zur Möglichkeit der Errichtung eines Staates der proletarischen Einheitsfront oder antifaschistischen Volksfront und später einer demokratischen Republik neuen Typs neue Wege zur Verbindung von Demokratie und Sozialismus eröffnete.

### **These 16:**

Die mit der Niederlage des faschistischen Blocks in dem von ihm ausgelösten Zweiten Weltkrieg in den osteuropäischen, von der Sowjetunion befreiten Ländern möglichen Umwälzungen mussten

16 G. Dimitroff, *Gegen Faschismus und Krieg*, Berlin 1982, S. 152.

von den jeweiligen Klassenkräfteverhältnissen, von dem jeweiligen Bewusstseinsstand, auch von den Traditionen ausgehen, nationalen Charakter tragen. Die Frage der Demokratie musste bei den kommenden Auseinandersetzungen einen zentralen Platz einnehmen, die Strategie des VII. Weltkongresses stand vor ihrer großen Bewährungsprobe, nun nicht als Konzept des gemeinsamen Kampfes gegen den Faschismus, sondern als Konzept des neuen Weges zum Sozialismus.

Es erwies sich, dass in keinem der Länder – vielleicht von Jugoslawien abgesehen – ein Weg wie in der Sowjetunion beschritten werden sollte. Es bildete sich eine Strategie heraus, die fortschreitend als volksdemokratische Revolution bezeichnet wurde. Die Veränderungen unterschieden sich dann gegenüber der Oktoberrevolution durch schrittweise Errichtung der Diktatur des Proletariats, durch ein allmähliches Tempo der ökonomischen Entmachtung der politisch gestürzten Ausbeuterklasse, durch eine enge Verflechtung von politischer und sozialökonomischer Umwälzung, durch eine größere Breite des Bündnisses, durch vorwiegend friedliche Formen des Klassenkampfes, durch die Nutzung traditioneller demokratischer Institutionen und Formen sowie durch die Ausnutzung des Mehrparteiensystems. Durch die breitere politisch-ökonomische Basis der Umwälzung konnte ihr in diesem Sinne ein umfassenderes demokratisches Fundament gegeben werden.

Auf dem Gebiete der Demokratietheorie spiegelte sich diese Entwicklung zunächst in dem Versuch wider, in der Volksdemokratie eine neue Form der Demokratie zu sehen, die zwischen der bürgerlichen Demokratie und der Sowjetdemokratie stand. Georg Lukacs sah dann in dem neuen Weg eine Möglichkeit, Sozialismus und Demokratie umfassender zu verbinden, für ihn war die Volksdemokratie ein aus der Demokratie herauswachsender Sozialismus. Die Kontinuität zu den bürgerlichdemokratischen Rechten sollten auch den werdenden Sozialismus bestimmen.

Im Osten Deutschlands wurde in den Grundsätzen und Zielen der 1946 gebildeten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Vorstellungen über die Beziehung von Demokratie und Sozialismus entwi-

ckelt, bei denen sowohl reformistische als auch sektiererische Auffassungen in den Parteien zurückgedrängt bzw. überwunden wurden. In ihnen wurden die Erkenntnisse Lenins schöpferisch angewandt, die er in ›Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution‹ für das Hinüberwachen der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution dargelegt hatte.« Sie nahmen »zugleich wichtige Erfahrungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung auf und »berücksichtigten die geschichtlichen Lehren des VII. Weltkongresses der KI, der programmatischen Zielstellungen der KPD auf der Brüsseler und Berner Konferenz der KPD sowie ihres Aufrufs vom 11. Juni 1945«. <sup>17</sup> In den Schriften von Karl Polak nach 1945, vor allem aber in seinen Berichten im Verfassungsschutz des deutschen Volksrats, wurden Grundzüge einer auf den spezifischen Erfahrungen Deutschlands beruhenden Demokratietheorie entwickelt. Dabei stellte Polak dem Erbe des deutschen Obrigkeitsstaates vor allem die Stärkung des Parlaments entgegen. Mit großer Konsequenz forderte er die Unterordnung des Staates unter das Volk als Grundfrage der Demokratie und rückte die Volksvertretung in den Mittelpunkt der Überlegungen.

Mit dem Zerfall der Antihitlerkoalition, der Auslösung des kalten Krieges durch die USA verschärften sich die inneren Gegensätze in den Volksdemokratien, die reaktionären bürgerlichen Kräfte hofften auf Unterstützung aus dem Westen und verstärkten ihre Opposition. Die Zusammenfassung der Kräfte innerhalb des antiimperialistischen Lagers war mit einer beschleunigten Entwicklung zum Sozialismus und einer Überprüfung der »Sonderentwicklung« in einzelnen Ländern verbunden. Die Überlegungen wurden aufgegeben, in den volksdemokratischen Ländern und in der sowjetischen Besatzungszone einen tiefgreifend neuen Weg zum Sozialismus zu gehen. Die Offensive des Imperialismus im kalten Krieg sowie die Zusammenfassung aller Kräfte des antiimperialistischen Lagers führten zur weitgehenden Einheitlichkeit des theoretischen Verständnisses.

17 Vgl. E. Honecker, Reden und Aufsätze, Bd. 4, Berlin 1977, S. 295.

Das bedeutete aber keineswegs, dass alle sich aus dem bisherigen differenzierten Herangehen ergebenden Besonderheiten aufgegeben wurden. Vieles blieb erhalten, wurde sogar weiterentwickelt. Auf politischem Gebiet erwies sich das den neuen Erfordernissen angepasste Mehrparteiensystem weiterhin als ein erfolgreiches Mittel, das Bündnis der Arbeiterklasse mit anderen Klassen und Schichten zu festigen. Von besonderer Bedeutung war die weitere Nutzung traditioneller demokratischer Institutionen. Es handelte sich beim volksdemokratischen Weg eben nicht nur – wenn natürlich auch – um Kompromisse unter dem Druck der Westmächte und innerer Gegner und um Zugeständnisse an Vorbehalte. Das Anknüpfen an eigene Traditionen, an Wünsche und Forderungen der Bündnispartner, aber auch und gerade der Arbeiterklasse selbst an ihre Demokratievorstellungen brachten theoretisch und praktisch neue Einsichten in die Verbindung von Demokratie und Sozialismus hervor. Je breiter sich die Demokratie entfaltet, je geringer ihre Beschränkungen sein können, desto reicher kann auch der Sozialismus sein.

### These 17:

Konnte in den beiden ersten Kapiteln dieses Buches auf gewissermaßen abgeschlossene Perioden zurückgeblickt werden, obwohl auch hier die Geschichte lehrt, dass jede Zeit der Erkenntnis früherer Perioden neue Einsichten abgewinnt, von ihren neuen Fragestellungen ausgehend, so handelt es sich jetzt um eine Periode, die noch nicht abgeschlossen ist und deren theoretische Bewältigung noch in vollem Gange ist. »Die Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ... ist keineswegs abgeschlossen, sondern bedarf der weiteren schöpferischen Entwicklung entsprechend den neu gewonnenen Erfahrungen und der veränderten gesellschaftlichen Realität.«<sup>18</sup>

18 K. Hager, *Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche – Triebkräfte und Werte des Sozialismus*, Berlin 1983, S. [???

Für die dem entwickelten Sozialismus adäquate Demokratietheorie als Bestandteil seiner politischen Theorie bilden die Grundlage die marxistische Methodologie und die bisher mit ihrer Hilfe erzielten und in den beiden ersten Kapiteln dargestellten Ergebnisse marxistischer Demokratietheorie. Diese Ergebnisse müssen mit der seitdem wiederum grundlegend veränderten und sich weiter verändernden Wirklichkeit, mit den neuen Anforderungen an die Gesellschafts- und damit an die Demokratiestrategie in den sozialistischen Ländern konfrontiert, verteidigt, überprüft und korrigiert werden. Dabei ist die Differenziertheit der Bedingungen in den einzelnen Ländern ebenso zu berücksichtigen wie die in ihnen deutlich werdenden – auch neuen – Gesetzmäßigkeiten. Erkenntnisprozeß vollzieht sich in den einzelnen Ländern wie auch zwischen ihnen. Die Demokratietheorie des entwickelten Sozialismus kann nur in gemeinsamer Arbeit – auch im Meinungsstreit – im Zusammenwirken neuer theoretischer Ansätze, konkreter Analysen und praktischer Versuche entstehen. An dieser Arbeit hat der Verfasser bereits mitgewirkt und will er mit diesem Buch weiter mitwirken. Ein detailliertes Programm künftiger Demokratieentwicklung sieht er nicht als seine Aufgabe an.

### **These 18:**

Die Bedeutung des Nebeneinanderbestehens und des Wettbewerbs zweier Weltsysteme unter den Bedingungen des Atomzeitalters für ihre Wechselbeziehungen und vor allem für die innere Gestaltung des Sozialismus wurde nur schrittweise deutlich. Es bedurfte einiger Zeit, bis sie – auf der Grundlage des sich steigernden Rüstungswettlaufs – in all ihren Konsequenzen erkannt wurde. Die internationale Entwicklung in unserer Epoche wurde, so wurde 1957 erklärt, vom Verlauf und den Ergebnissen des Wettbewerbs der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme bestimmt, es bestünde die reale Möglichkeit, einen Krieg zu verhüten. Im Unterschied zu den dreißiger Jahren bildete sich jetzt die reale Möglichkeit heraus, die auf Festigung der friedlichen Koexistenz gerichtete außenpolitische

Strategie des Sozialismus mit einer auf Entwicklung der sozialistischen Demokratie im Innern gerichteten Strategie zu verbinden.

In der Auseinandersetzung der beiden Weltsysteme vollzogen sich in den 60er und 70er Jahren wesentliche Veränderungen. Das sozialistische Weltsystem wuchs an ökonomischer Kraft und ökonomischem und politischem Einfluß. Zugleich hat das kapitalistische System mehr Potenzen entfalten können als ursprünglich angenommen wurde. Eine entscheidende Veränderung vollzog sich auf militärischem Gebiet. Das betraf das Kräfteverhältnis der beiden Weltsysteme und die immer deutlicher werdende Gefährlichkeit der neuen Waffen, die Unmöglichkeit, in einem Atomkrieg zu siegen.

Die Erfolge der Entspannungspolitik wurden seit Mitte der 70er Jahre bedroht durch einen von den USA ausgehenden neuen Konfrontationskurs. Einen Bestandteil dieser Strategie bildete die Nutzung von Widersprüchen innerhalb der sozialistischen Länder und zwischen ihnen. Wieder, wie Mitte der 30er Jahre, wie in den 50er Jahren kam es darauf an, in einer weltpolitisch schwierigen Lage eine dieser Lage adäquate außenpolitische offensive Strategie zu entwickeln, die der Größe der Gefahr gerecht wurde und einen dem Sozialismus entsprechenden Ausweg wies. Der erreichte Reifegrad der sozialistischen Länder, ihre gewonnene Souveränität des Umgangs miteinander, das alles musste es angesichts der ungeheuren Bedrohung ermöglichen, ein in sich geschlossenes System außen- und innenpolitischer Strategie zu entwickeln.

Ausschlaggebend für die weltpolitische Offensive des Sozialismus war vor allem das Reifen einer dreifachen Erkenntnis:

1. Die Frage des Friedens ist die Hauptfrage, von ihrer Lösung hängt die Lösung aller anderen Fragen ab. Wir haben es, wie E. Honecker 1983 erklärte, »mit einer Weltsituation zu tun, in der die Gefahr eines nuklearen Weltkrieges das Leben der Völker überschattet, eines Infernos, das im Falle seines Ausbruchs die Selbstvernichtung der Menschheit bedeuten würde«.
2. Aus der grundlegend veränderten Situation ergibt sich die Notwendigkeit einer neuen Denkweise. Es geht, wie M. S. Gorbatschow formulierte, um eine neue Sicht der Welt, deren reale

Dialektik »in der Verknüpfung von Wettbewerb, Wettstreit der zwei Systeme mit der erstarkenden Tendenz zur wechselseitigen Abhängigkeit der Staaten« liegt.<sup>19</sup>

3. Je erfolgreicher der Kampf um Stabilisierung des Friedens, um dauerhafte Sicherung der friedlichen Koexistenz ist, desto mehr verlagert sich der Wettbewerb der Systeme auf andere Felder. Die Kernfrage ist und bleibt dabei die Ökonomie. Zur Erfüllung dieser Zielstellung leisten alle Länder, alle Parteien ihren Beitrag.

### **These 19:**

Längere Zeit konnte der Sozialismus nicht nur aus subjektiven Gründen, sondern auch auf Grund der historischen Situation nicht alle Möglichkeiten zeigen, war ein allseitiger ökonomischer Wettbewerb nicht möglich. Heute ist die Frage des ökonomischen Wettbewerbs im Weltmaßstab unerbittlich gestellt. Keines der sozialistischen Länder kann sich mehr den ökonomischen Gesetzen des Weltmarktes entziehen. Sie alle stehen über Warenaustausch und Kreditbeziehungen immer stärker unter seinem Einfluß. Jetzt muß der Kampf auf dem Felde der eigentlichen Domäne des kapitalistischen Privateigentums, dem Felde der Ökonomie, zu Ende geführt und gewonnen werden.

Bereits auf der internationalen Beratung 1960 wurde Lenins These bestätigt, dass die Länder des siegreichen Sozialismus ihren Haupteinfluß auf die Entwicklung der Weltrevolution durch den wirtschaftlichen Aufbau ausüben. Der Wettbewerb der Systeme vollzieht sich heute unter den Bedingungen einer zunehmend rascheren internationalen Entwicklung der Produktivkräfte. Die in den Ländern des Kapitals entwickelten Anpassungsstrategien an die veränderten Reproduktionsbedingungen, führten zur allmählichen Herausbildung

19 Karl Marx und unsere Zeit – Der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt, Dresden 1983, S. 28.

Politischer Bericht des ZK der KPdSU an den XXVII. Parteitag der KPdSU, Berichterstatte M. S. Gorbatschow, Berlin 1986, S. 29

einer neuen Qualität der Internationalisierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, den Produktivkräften wurden durch die neuerlichen Veränderungen in den staatsmonopolistischen Produktionsverhältnissen abermals bedeutende neue Entwicklungsmöglichkeiten geboten. Es erwies sich als immer dringlicher, in den einzelnen sozialistischen Ländern aber auch in ihrer Gemeinschaft bestehende Illusionen zu überwinden, den ökonomischen Realismus durchzusetzen. Bei allen großen Erfolgen waren die eigenen Kräfte überschätzt, die des Gegners aber unterschätzt worden. Für den Wettbewerb des Systeme hing jetzt alles davon ab, wie schnell es gelingt, den Weg der Intensivierung zu beschreiten. Die Lösung dieser Aufgabe ist von entscheidendem Gewicht für die Überwindung des ökonomischen Rückstandes gegenüber führenden kapitalistischen Industriestaaten.

Das Hauptfeld der ökonomischen Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus ist die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution geworden, die Beherrschung ihrer sozialen Auswirkungen, vor allem aber die Entfaltung ihrer Möglichkeiten, als bedeutendste Prozesse werden dabei die Schlüsseltechnologien angesehen. Besonderes Gewicht hat hierbei die Beherrschung und Auslösung von Neuerungs- oder Innovationsprozessen.

Der Sozialismus kann diesen Wettbewerb um die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution um die höhere Innovationskraft der Volkswirtschaft nur erfolgreich führen, indem er die Vorzüge seiner Produktionsverhältnisse voll nutzt. Es geht wenn man so will – um einen Wettbewerb der Produktionsverhältnisse, darum, auch künftig »die sozialistischen Produktionsverhältnisse so auszugestalten, dass sie die dynamische Entwicklung der Produktivkräfte im Interesse der Stärkung des Sozialismus fördern«, um, wie bereits 1976 formuliert wurde, die organische Verbindung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus.<sup>20</sup>

20 Bericht des ZK der SED an den XI. Parteitag der SED, Berichterstatte: Genosse E. Honecker, Berlin 1986, S. 27; Programm der SED, Berlin 1976, S. 20.

Es geht also darum, die Frage zu stellen, ob die sozialistischen Produktionsverhältnisse in ihrer heutigen konkreten Gestalt die Menschen hinreichend stimulieren, die wissenschaftlich-technische Revolution, die Intensivierung voranzutreiben, innovativ zu sein, also die Frage nach den Triebkräften. Bei der Lösung dieser Aufgabe handelt es sich um einen einheitlichen technischen, ökonomischen, sozialen und politischen Prozeß, der nur gesamtgesellschaftlich, in allen Sphären der Gesellschaft erfolgreich verlaufen kann, für den der Wirtschaftsmechanismus und darüber hinaus das gesamte politische System eine entscheidende Rolle spielt. Wir müssen also auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums entscheidende Vorzüge des Sozialismus gerade in der politischen Sphäre der Gesellschaft aufdecken. Das darf uns nicht hintern, den Marktmechanismus zu nutzen, sogar erheblich mehr als bisher. Entscheidende Vorzüge des Sozialismus aber liegen in der Entfaltung der Kräfte des Allgemeinen gesellschaftlichen, des Politischen, der inneren Dialektik des politischen Systems des Sozialismus, seiner Vielfalt. Die Aufdeckung und Freisetzung dieser Kräfte, das ist die Frage der sozialistischen Demokratie heute.

### **These 20:**

Von bürgerlicher und sozialdemokratischer Seite her wird in die Diskussion um das politische System des Sozialismus, um die Entwicklung der sozialistischen Demokratie immer wieder der Vorschlag eingebracht, das pluralistische Demokratiemodell des Kapitalismus zu übernehmen und es dem Sozialismus aufzuopfern. In unseren Diskussionen taucht immer wieder der Vorwurf auf, dieses oder jenes sei eine Anleihe beim bürgerlichen Pluralismus, wird von anderen die Frage des sozialistischen Pluralismus aufgeworfen.

Daher besteht eine Hauptschwierigkeit darin, dass unter dem Pluralismus sowohl ein objektiver politischer Mechanismus in der bürgerlichen Gesellschaft als auch Ideologie in sehr verschiedener Richtung verstanden wird. Diese Ideologie richtet sich meist gleich-

mäßig gegen reaktionäre Strömungen im Kapitalismus und gegen den Sozialismus, manchmal richtet sie sich auch überwiegend in eine der beiden Richtungen.

Bürgerliche Darstellungen der Entwicklung der Pluralismusideologie gehen meist auf das 19. Jahrhundert, auf Madison, Toqueville, Otto von Guericke und andere zurück. Tatsächlich entstand die Pluralismuskonzeption mit ihrer Entgegensetzung von Pluralismus und Totalitarismus als bürgerliche Kampftheorie gegen den Sozialismus Ende der 30er Jahre und erreichte ihren Höhepunkt in der Entwicklung nach 1945. Es war der imperialistischen Bourgeoisie gelungen, ein politisches System zu entwickeln, das der Arbeiterbewegung bestimmte Kampfmöglichkeiten gab und das zugleich stets darauf angelegt ist, sie in dieses System und damit in die Gesellschaft zu integrieren. Dieser Prozeß wurde ideologisch durch die Ausarbeitung von Theorien begleitet, die die Demokratie immer mehr auf Fragen des Verfahrens reduzierten. Unter Verzicht auf inhaltliche Maßstäbe wird bei Dahl und vielen anderen Demokratie als politischer Markt, als Wettbewerb von Eliten um die Stimmen gefasst. In der Zeit des kalten Krieges gehörten zu den führenden Vertretern der Pluralismuskonzeption C. J. Friedrich, H. Ahrendt, Z. Bezinski und in der BRD E. Fraenker und K. D. Bracher. Das Gemeinsame der verschiedenen Pluralismusfassungen war und ist die Überzeugung, dass die Wahrheit, dass die Interessen der Menschen letztlich nicht objektiv seien, ist der Vorrang von Form, Methode und Verfahren gegenüber dem Inhalt. Die Pluralismuskonzeption weist dem Recht einen außerordentlich bedeutsamen Platz zu. Ein von seinen ökonomischen Grundlagen gelöstes Recht kann nun seinerseits zum Fundament der Gesellschaft werden. In dem Umfang, in dem die Sozialdemokratie auf die Beseitigung des Privateigentums verzichtete, übernahm sie pluralistische Auffassungen. Pluralismus wurde zur Staatstheorie des Reformismus. Auch in dem gemeinsamen Dokument von SED und SPD wurde von der SPD die Konzeption der pluralistisch organisierten Demokratie verfochten.

Die Grundposition ist materialistisch zu widerlegen durch den Hinweis auf objektive Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaft, auf die entscheidende Rolle von Klasseninteressen. Zugleich ist auf den

Zusammenhang zwischen den Marktmechanismen der kapitalistischen Gesellschaft und dem politischen System sowie den Möglichkeiten für die Arbeiterbewegung, die sich aus diesem politischen System ergeben, hinzuweisen. Die Auseinandersetzung mit bürgerlich pluralistischen Positionen hat also stets die Ableitung des politischen Mechanismus der bürgerlichen Gesellschaft aus dem Privateigentum mit dem Nachweis der Möglichkeiten und Grenzen dieses Mechanismus für den Kampf der Arbeiterklasse zu verbinden. Es ist also zwischen der die grundlegende Rolle des Eigentums leugnenden bürgerlichpluralistischen Konzeption und der Bedeutung bürgerlich-demokratischer Formen zu unterscheiden. Die Überbetonung der Verfahren, der Formen des Rechts durch bürgerlich-pluralistische Auffassungen zu Lasten inhaltlicher, ökonomischer Fragestellungen darf nicht dazu führen, dass von marxistischer Seite aus die Bedeutung der Verfahren, der Formen, des Rechts zugunsten des Inhalts, der Ökonomie negiert wird.

Mit der Beseitigung des Privateigentums, mit der Schaffung eines staatlich organisierten gesellschaftlichen Eigentums sind grundsätzlich neue ökonomische Interessen entstanden. Die Vielfalt dieser Interessen, die Lösung der dabei entstehenden Widersprüche erfordert entsprechende Konsequenzen für das politische System des Sozialismus. Nichtmarxistische Pluralismuskonzeptionen, die eine verhimmelte Widerspiegelung des Mechanismus der bürgerlichen Demokratie darstellen, können von uns nicht übernommen werden. Es geht darum, auf der Grundlage der neuen Rolle des Staates im Sozialismus alle politischen Triebkräfte für die Entfaltung des Sozialismus freizusetzen.

»Wir erachten die Mannigfaltigkeit der Meinungen und Ideen, eine rege geistige Kommunikation sowohl in unseren eigenen Reihen als auch mit Andersdenkenden als lebensnotwendig, weil nur so alle Potenzen unseres Volkes freigesetzt und erschlossen werden können.«<sup>21</sup>

21 Interview E. Honeckers für belgische Journalisten, ND vom 13.10.1987.

## These 21:

Siebzig Jahre sozialistische Erfahrung erlauben heute die Schlussfolgerung, dass der Staat, dass sein Apparat aus inneren wie äußeren Gründen für lange Zeit fortbesteht und dass sich hieraus die Notwendigkeit einer prinzipiellen theoretischen Konsequenz für das Verhältnis von Massen und eigenem Staat, einer spezifisch demokratietheoretischen Fragestellung und damit auch einer Neubewertung des Erbes ergibt.

Marx, Engels und zunächst auch Lenin waren davon ausgegangen, dass der Staat relativ rasch absterben würde. Sie charakterisierten den Kommunestaat schon als Staat im nichteigentlichen Sinne. Die in den 30er Jahren erfolgte starke Zentralisierung unter den Bedingungen eines vom Imperialismus umkreisten und isolierten Landes war mit den von Stalin entwickelten theoretischen Vorstellungen verbunden, die ein tieferes Eindringen in die inneren nicht-antagonistischen Widersprüche des Sozialismus und damit die inneren Grundlagen des Staates ausschloß. Mit der Herausbildung der Volksdemokratien und den sich in der UdSSR und den volksdemokratischen Staaten vor allem im Gefolge des XX. Parteitagess der KPdSU vollziehenden Veränderungen wurde die Frage nach der weiteren Entwicklung des sozialistischen Staates, nach den inneren Gründen seiner Fortexistenz und seiner Rolle immer dringlicher. In der DDR spielten für die Beantwortung dieser Frage längere Zeit und in gewissem Maße bis heute die Auffassungen von Karl Polak eine sehr wesentliche Rolle. Karl Polak ging aus von der Pariser Kommune, er sah im sozialistischen Staat im wesentlichen die Verwirklichung des Entwurfs der Kommune. Seine Überlegungen waren sowohl für die Bewertung des Ranges der Volksvertretungen wie für die Fragen der sozialistischen Erziehung von außerordentlichem Gewicht. Zugleich spielten in seinen Überlegungen Fragen des Leistungsprinzips und der Interessenwidersprüche eine völlig untergeordnete Rolle. Er betonte immer wieder die Identität gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten und staatlicher Leistungstätigkeit, die Identität von Staat, Volk und Gesellschaft. Damit war auch der

Zugang zur Spezifik von Staat und Recht versperrt. Auf dem Boden dieser theoretischen Überlegungen war ein Verstoß zu den inneren Widersprüchen des Sozialismus selbst, zur Entwicklung einer eigenen Demokratietheorie nicht möglich. Eine solche Identitätsdoktrin bildet immer die Gefahr des Umschlages von utopischen Vorstellungen in Konservatismus. Derartige Auffassungen wirkten noch längere Zeit und teilweise bis heute fort. Sie fanden ihren Ausdruck etwa in der Auffassung, dass der heutige Staat kein Staat im eigentlichen Sinne sei, dass die Rücknahme der Staatsgewalt in die Gesellschaft bereits vollzogen sei. Gleichzeitig wurde von einer stetig wachsenden Organisiertheit der Gesellschaft ausgegangen.

Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU wurde erklärt, dass die Diktatur des Proletariats jetzt durch den Staat des gesamten Volkes abgelöst sei. Die Arbeiterklasse bliebe bestehen, die Klassenunterschiede würden aber schnell überwunden, der Kommunismus erschien als in kürzester Frist zu erreichendes Ziel, in der internationalen Arbeiterbewegung entwickelten sich die Diskussionen um Staat und Demokratie sowohl in der bürgerlichen wie in der sozialistischen Gesellschaft immer stärker.

Ein prinzipieller neuer Zugang zum Verständnis des sozialistischen Staates und damit auch zur Entwicklung einer eigenen neuen Demokratiekonzeption ergab sich erst in den 20er Jahren mit der Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und damit dem Abschied von alten Vorstellungen eines raschen Weges zum Kommunismus. Erst auf dem Boden einer solchen Konzeption war eine wirkliche Begründung für die Fortsetzung des Staates und seines Apparates möglich und notwendig und auf ihn aufbauend eine neue Demokratiekonzeption.

Die Rolle des Staates muß im Innern aus der Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft selbst abgeleitet werden. Diese Sozialstruktur hat sich grundlegend geändert. Nicht mehr die Bauernschaft, sondern die Arbeiterklasse bildet die zum Teil sogar weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, es hat sich eine Massenschicht der sozialistischen Intelligenz entwickelt. Zugleich wird deutlich, dass soziale Unterschiede fortbestehen, bestimmte soziale

Unterschiede werden von den Soziologen sogar als Triebkraft angesehen, dabei gewinnen die sozialen Unterschiede innerhalb der Klassen und Schichten an Bedeutung gegenüber denen zwischen ihnen, die sozialistische Gesellschaft kann immer weniger allein als Klassengesellschaft definiert werden. Die Interessenwidersprüche der sozialistischen Gesellschaft bedingen die Notwendigkeit, die aktuellen gesellschaftlichen Interessen jeweils verbindlich staatlich zu definieren, der Staat muß das Leistungsprinzip gewährleisten, das Mehrprodukt muß staatlich zentralisiert werden, das gesellschaftliche Eigentum muß staatliches Eigentum sein und bleiben.

Dieses staatliche Eigentum als staatlich organisierte Aneignung wirkt vor allem in drei Richtungen, in die Richtung der Entfaltung der Produktivkräfte, in die Richtung der Verfügung über das Nationaleinkommen, der Entscheidung über das Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion sowie in die Richtung der Gewährleistung der erforderlichen sozialen Differenzierung und dem Leistungsprinzip. Die Verantwortung des Staates nimmt mit der wissenschaftlich-technischen Revolution noch zu, damit die schöpferischen Potenzen des Sozialismus im Wettkampf der Systeme voll in die Waagschale geworfen werden können, damit Strukturwandel durch grundlegende politische Entscheidungen fixiert und in seinen Konsequenzen und Verflechtungen national und international abgesichert wird. Aus dem sozialistischen gesellschaftlichen Eigentum ergibt sich die Notwendigkeit eines Staates, der – wie es im Programm der SED heißt »die Interessen des ganzen Volkes vertritt«, aber eben Staat ist und sein muß, nicht Staat im Sinne der Pariser Kommune sein kann. »Die grundlegenden ökonomischen Prozesse müssen »fest in Hand des Staates« bleiben.«<sup>22</sup>

Aus dieser im sozialistisch-gesellschaftlichen Eigentum wurzelnden ökonomischen Notwendigkeit des Staates im Sozialismus ergibt sich die eindeutige Bejahung der Notwendigkeit staatlicher Leitung der sozialistischen Gesellschaft, ergibt sich die Orientierung auf stär-

22 Programm der SED, a. a. O., S. 40: Bericht des ZK der SED a. a. O., S. 44.

kere Untersuchung ihrer Gesetzmäßigkeiten, der Rolle und Bedeutung des hauptamtlichen Staatsapparates. Aus ihr ergibt sich gleichzeitig die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit bürokratischen Erscheinungen, einer fundierten Bürokratismusanalyse, die auf den Überlegungen zum Bürokratismus von Marx, Engels und Lenin fußt. Die Stärke des Staates beruht auf seiner Fähigkeit, bestimmte gesellschaftliche Erfordernisse mit großer Kraft einheitlich durchzusetzen. Die Gestaltung der gesamten Vielfalt der gesellschaftlichen Prozesse in dem Sozialismus gemäßen Weise auf diesem Wege ist eine bürokratische Illusion. Es geht deshalb unter Führung der Partei der Arbeiterklasse immer wieder darum, die Dialektik des gesamten politischen Systems ausgehend vom Individuum freizusetzen. Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution ist diese Frage auf ganz neue Weise gestellt.

### **These 22:**

Aus dem sozialistischen gesellschaftlichen Eigentum ergibt sich nicht nur die neue Stellung des Staates, aus ihm ist gleichzeitig auch die politische Stellung des Individuums abzuleiten. Unter den Bedingungen starker Zentralisierung der Macht, unter den Bedingungen der Übergangsperiode generell konnten die Fragen der Individuen, seiner ökonomischen Rolle, seiner politischen Entfaltung nicht in den Vordergrund treten. Die dargelegte Identitätskonzeption versperrte den Zugang zur Einsicht in das Gewicht dieser Fragestellung. Entfaltung der Individualität ist – allen Verleumdungen des Antikommunismus und eigenen Fehlsichten zum Trotz – eine ursprünglich marxistische Fragestellung. In den Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie von 1857/58 sprach Marx von einer Perspektive »der vollen Entwicklung des Individuums, die selbst wieder als die größte Produktivkraft zurückwirkt auf die Produktivkraft der Arbeit«. Die wissenschaftlich-technische Revolution ermöglicht und erfordert die Herausbildung der Individualität, d. h. auch der größeren Unterschiedlichkeit. »Die sozialistische Gesellschaft wird selbst um so rei-

cher, je reicher sich die Individualität ihrer Mitglieder entfaltet«, hieß es auf dem XI. Parteitag der SED.<sup>23</sup>

Diese Entfaltung aber kann im Sozialismus, einer politisch planmäßig geleiteten Gesellschaft, niemals nur ein rein technischer, rein ökonomischer Vorgang, sie muß immer auch ein sozialer, ein politischer, ein demokratischer Prozeß sein. Auch bei der Entwicklung der Arbeitsinhalte, des schöpferischen innovativen Verhaltens, das unbedingter Bestandteil der wissenschaftlich-technischen Revolution ist, sind immer Alternativen gegeben, die der demokratisch fundierten Entscheidung bedürfen. Die Herausbildung des Eigentümerverhaltens der Werktätigen erfordert ihre echte Subjektrolle, erfordert die Anerkennung einer politisch vermittelten Vielfalt von Subjekten des staatlichen Eigentums. Die demokratischen Bedürfnisse, die Marx' Übergang zum Kommunismus zugrunde lagen, die seinen Entwurf der Pariser Kommune prägten, die Lenins Arbeit »Staat und Revolution« bestimmten, die im Ideal des Kommunestaates, des Sowjetstaates zum Ausdruck und in der Oktoberrevolution zur Wirksamkeit kamen, sie beziehen sich heute nicht mehr auf einen fremden Staat, auf einen Staat, der in letzter Instanz von den Interessen der Bourgeoisie bestimmt wird, sondern auf den eigenen Staat.

Aus der Notwendigkeit der Entfaltung der Individualität als Produktivkraft nach Beseitigung des Klassenantagonismus im Innern ergibt sich das Erfordernis politischer Formen zur Befriedigung der demokratischen Bedürfnisse, die zugleich mit dem hauptamtlichen Staatsapparat bestehen, ihn ergänzen, auf ihn einwirken, die in steigendem Umfang die tatsächliche Selbstentscheidung und Mitentscheidung der Menschen, die Geltendmachung ihrer Interessen in einem widersprüchlichen politischen Prozeß ermöglichen. Es handelt sich sowohl um den Einfluß der Werktätigen auf die verbindliche Definition gesellschaftlicher Interessen auf den Ebenen der staatlichen Leitung wie um eigene individuelle und kollektive politische Entscheidungen.

23 MEW, a. a. O., Band 42, S. 607; Bericht des ZK der SED, ebenda, S. 60.

Dieser Prozeß wird seit dem IX. Parteitag der SED für die DDR als »weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie« gekennzeichnet. In der UdSSR und zunehmend auch in anderen sozialistischen Ländern wird zur zentralen theoretischen Kategorie der Demokratieentwicklung in Ergänzung des Staates die sozialistische Selbstverwaltung des Volkes. Es wird davon ausgegangen, »dass die Beschleunigung der Entwicklung der Gesellschaft ohne die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie, aller ihrer Aspekte und Erscheinungsformen undenkbar und unmöglich ist.«<sup>24</sup> Der ökonomische Wettbewerb der Systeme verlangt, den ganzen Reichtum des Prinzips des demokratischen Zentralismus voll zu erschließen, die dialektisch widersprüchliche Einheit von notwendiger staatlicher Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft und wachsenden demokratischen Bedürfnissen als Vorzug des Sozialismus zu erfassen und in ihren Konsequenzen zu durchdenken. Von entscheidendem Gewicht ist dabei die Ausgestaltung der vielfältigen Vermittlungen zwischen Staat und Individualität.

### **These 23:**

Einen besonderen Platz bei der Vermittlung von staatlichem Eigentum und demokratischen Bedürfnissen nimmt die Interessendialektik, nehmen ihre politischen Voraussetzungen und Konsequenzen ein. Längere Zeit wirkte die hier unter den Bedingungen der Übergangsperiode gewachsene Vorstellung von der Alternative Antagonismus oder Harmonie. Die Widersprüche wurden in erheblichem

24 Programm der SED, a. a. O., S. 41; Politischer Bericht des ZK der KPdSU an den XXVII. Parteitag, a. a. O., S. 79. Es heißt dort weiter auf S. 80: »Die Grundsätze der Selbstverwaltung entwickeln sich nicht außerhalb, sondern vielmehr innerhalb unseres Staatswesens und durchdringen immer tiefer alle Poren des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, bereichern den Inhalt des demokratischen Zentralismus und stärken dessen sozialistischen Charakter.«

Umfang nur im Subjektiven gesehen. Objektiv bestünde Interessenübereinstimmung. Es wurden immer wieder Versuche unternommen, Widerspruch und Übereinstimmung miteinander zu vereinen. Auf der anderen Seite gab es Bestrebungen, den Antagonismus auch der sozialistischen Gesellschaft nach Lösung der Frage »wer – wen« zuzuschreiben.

In dem Maße, in dem sich die Konzeption von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft durchsetzte, wurde auch anerkannt, dass dieser Gesellschaft zwar keine antagonistischen, wohl aber nicht-antagonistischen Widersprüche innewohnen, wurde die Auffassung abgelehnt, in objektiven Widersprüchen einen Makel der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu sehen. Es kann davon ausgegangen werden, dass in den Gesellschaftswissenschaften heute die Konzeption vom nichtantagonistischen Widerspruch als objektive Triebkraft der Entwicklung sich durchgesetzt hat.<sup>25</sup>

Damit ist die Voraussetzung der Aufdeckung der inneren Dialektik der Interessen im Sozialismus und ihrer Bedeutung für die Politik, für Staat und Recht gegeben.

Das Wesen der dialektischen Einheit von gesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Interessen im Sozialismus legt darin begründet, dass die widerstreitenden Interessen im sozialistischen gesellschaftlichen Eigentum begründet sind und notwendig widersprüchlich aufeinander einwirken.

In diesen Wechselbeziehungen sind die gesellschaftlichen Interessen, die ihrerseits ebenfalls widersprüchlich sind, dominant. Da nicht alle Interessen befriedigt werden können zu einem bestimmten Zeitpunkt, sind politische Entscheidungen über Interessen erforderlich. Diese politischen Entscheidungen entstanden nicht jenseits der Interessendialektik, sondern sind ihr Produkt, erfolgen durch den

25 K. Hager, *Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche – Triebkräfte und Werte des Sozialismus*, Berlin 1983, S. ???; M. Gorbatschow, *über die Aufgaben der Partei bei der grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaft*, Moskau 1987, S. 7 ff.

Staat, durch das gesamte politische System unter Führung der Partei in seiner dialektischen Wechselwirkung.

Die Frage der Widersprüchlichkeit sozialistischer Interessen ist in den letzten Jahren insbesondere hinsichtlich des Leistungsprinzips und der Ware-Geld-Beziehungen diskutiert worden. Bei Interessenwidersprüchen kann es sich für die politischen Entscheidungen darum handeln, auf beide Seiten des Widerspruchs Einfluß zu nehmen, die widersprechenden Interessen in Übereinstimmung zu bringen, auch Kompromisse zu ermöglichen oder aber sich auf eine der beiden Seiten festzulegen, bestimmte Interessen zurückzudrängen, sei es, weil es sich um antisozialistische Interessen handelt oder aber – und das ist der Hauptfall – weil es um Interessen geht, die zwar legitim, aber gegenwärtig nicht zu befriedigen sind und die dann natürlich weiterhin Wirkungen auslösen. Es müssen politische Formen genutzt und entwickelt werden, um Interessen aufeinander einwirken zu lassen, Bewegungsformen der Widersprüche, die die Gesellschaft vorantreiben und bereichern.

Eine entscheidende Rolle für die Vermittlung der Interessen zwischen Staat und Individuen kommt größeren Einheiten zu, insbesondere den Betrieben und Territorien. Die Frage der kollektiven Interessen als Vermittlung ist deshalb eine wichtige theoretische Frage von äußerst praktischer Bedeutung. Im Zentrum stehen dabei die kollektiven Interessen der Wirtschaftseinheiten. Sie finden ihren wesentlichen Ausdruck in der wirtschaftlichen Rechnungsführung und den Ware-Geld-Beziehungen der Wirtschaftseinheiten.

Dabei bestehen gegenwärtig eine Vielfalt wichtiger und zum Teil noch ungelöster Fragen, die international breit diskutiert werden. Hierzu gehört vor allem das Verhältnis von Plan und wirtschaftlicher Rechnung. Es geht darum, solche Formen zu finden, die auf der Grundlage der Dominanz des Planes die volle Nutzung der Potenzen der wirtschaftlichen Rechnungsführung ermöglichen. Je mehr sich die wirtschaftliche Rechnungsführung entwickelt, desto weniger scheint es sinnvoll, von operativer Verwaltung hinsichtlich der Wirtschaftseinheiten zu sprechen. In der DDR wurde für die neue Stellung der Betriebe und Kombinate der Begriff der Fondsinhaberschaft

entwickelt. In jedem Falle geht es darum, das staatliche Eigentum nicht aufzuheben, wohl aber eine neue Stufe dieses Eigentums herauszubilden, auf der neben dem Staat weitere Subjekte des Eigentums wirken. Diskussionsgegenstand ist in diesem Zusammenhang auch das Verhältnis von größeren Einheiten wie den Kombinatn der DDR und kleineren Betrieben.

Die entscheidende Frage der Wirkung kollektiver Interessen ist ihre Verbindung mit den individuellen Interessen zur Gestaltung zur Gestaltung des Eigentümerverhaltens der Individuen. Die internationale Diskussion macht deutlich, dass ein Zusammenhang besteht zwischen der Abhängigkeit der individuellen Interessen der Werktätigen von den betrieblichen Ergebnissen einerseits und der Notwendigkeit und Möglichkeit einer neuen Stufe demokratischer Mitwirkung andererseits. Dabei ergeben sich auch komplizierte Fragen der Gewährleistung der politischen Stabilität und der Beachtung nationaler Traditionen, insbesondere hinsichtlich der Rolle der Gewerkschaften.

Die Interessendialektik in der sozialistischen Gesellschaft wird immer wieder neu durch das politische System, insbesondere durch den Wirtschaftsmechanismus gestaltet. Aus dieser bestimmenden Rolle des politischen Systems ergibt sich die Bedeutung »richtiger« optimaler Entscheidungen, die ein größtmögliches Tempo der Vorwärtsentwicklung bei geringster Gefahr tiefgreifender Konflikte gewährleisten, der Rang wissenschaftlicher Grundlagen der Entscheidungstätigkeit im Sozialismus.

### **These 24:**

Mit dem Werk von Karl Marx hatten die Überlegungen zur Gesellschaft die Schwelle zur Wissenschaft im strengen Sinne des Wortes erst überschritten, auch über das Werk von Marxisten hinaus ausstrahlend, was Stagnation und selbst Rückschritt nicht ausschloß. Die Grundlage dieser kopernikanischen Wende war nicht nur und allein die Persönlichkeit von Karl Marx als Theoretiker, als Gelehrter,

sondern sein demokratisch, also politisch-ideologisch motivierter Übergang auf die Positionen der Arbeiterbewegung.

Das Bündnis von Wissenschaft und Arbeiterklasse erreichte mit der Oktoberrevolution eine neue Stufe. Die Wissenschaft musste jetzt mit der staatlichgesellschaftlichen Praxis, mit dem sozialistischen Aufbau verbunden werden. Die planmäßig bewusste Organisation der Gesellschaft stellte wie höhere Anforderungen an die Wissenschaft. Erstmals sollte der menschliche Verstand nicht auf diesen oder jenen Einzelprozeß, sondern auf die Grundzüge der gesellschaftlichen Entwicklung gerichtet werden. Die Wechselbeziehung von Arbeiterbewegung und Theorie wurde zur Wechselbeziehung von Partei, Staat, Volk und Theorie. Der »assozierte Verstand«<sup>26</sup> sollte in entscheidendem Umfang an die Stelle der Konkurrenz, des Kampfes aller gegen alle treten.

Der Sozialismus bedarf also der Theorie, auch und gerade der politischen Theorie, in größerem Maße als jemals eine Gesellschaft zuvor. Marxistische Politik und marxistische Wissenschaft sind notwendig dialektisch miteinander verbunden, unterliegen zugleich eigenen Gesetzen.

Diese Verbundenheit ist kein Hindernis für die Entwicklung der Wissenschaft, sondern eine entscheidende Quelle ihrer Kraft. Die marxistische Gesellschaftswissenschaft ist in den sozialistischen Ländern notwendig auf die Unterstützung des Kampfes der Partei der Arbeiterklasse, des Staates und des Volkes im eigenen Land sowie des Kampfes der ganzen Weltbewegung gerichtet. Diese Orientierung auf die Praxis, verstanden als Umgestaltung der Welt entsprechend den Interessen der Werktätigen, ist für die Wissenschaft unabdingbar.

Die marxistische Wissenschaft erfüllt ihre Aufgaben als eigenständiger Faktor mit eigenen Maßstäben, indem sie entsprechend ihren inneren Gesetzmäßigkeiten wirkt, nach systematisierter wahrer Erkenntnis von Zusammenhängen strebt, als unentbehrliche Grund-

26 MEW, a. a. O., Band 25, S. 267.

lage von Entscheidungen der Partei und des Staates ebenso wie demokratischer Mitwirkung und Selbstentscheidung. Hierin liegt auch die Dialektik der Verantwortung des Wissenschaftlers, seiner Subjektivität begründet. Zur Gewährleistung ihres eigenständigen Beitrages ist die Einheit der Wissenschaft, ihr Streben nach Herstellung von Zusammenhängen, nach Systematik unabdingbar.

Die unlöbliche Verbindung der marxistischen Wissenschaft mit der Arbeiterbewegung und ihrer Partei schließt Pluralismus als Richtungslosigkeit aus, fordert aber Vielfalt. Das Niveau der marxistischen Wissenschaft ist auch Bestandteil des Wettbewerbs der Systeme. Die Entfaltung der Vielfalt, des Meinungsstreits in der marxistischen Wissenschaft ist unabdingbar an die Entwicklung der sozialistischen Demokratie gebunden und wirkt wieder auf sie zurück. Sie ist entscheidend abhängig von der Entwicklung des gesamten politischen Klimas der sozialistischen Gesellschaft, ihrer politischen Kultur.

### **These 25:**

Die sozialistische Demokratie erfordert demokratische Haltungen, demokratisches Verhalten. Jedes marxistische Herangehen, im Geiste von Marx, Engels und Lenin, von Rosa Luxemburg und Gramsci ist unausweichlich vor die Frage gestellt, welche Rolle real die Arbeiterklasse, die Bauern und die Intelligenz, welche Rolle die einzelnen Arbeiter, Angestellten, Bauern, Angehörigen der Intelligenz im politischen System spielen. Es geht dabei um politische Verhaltensweisen der Massen wie des Staatsapparates, die dem heutigen Kampf der Systeme, dem ökonomischen Wettstreit, dem erreichten Bildungsniveau, der Notwendigkeit staatlicher Leitung der Gesellschaft adäquat sind, die unter den heutigen Bedingungen die maximale Entfaltung der politischen Potenzen aller Werktätigen ermöglichen, die Individualität als Produktivkraft sichern. Es geht um Verhaltensweisen, die die Gefahr des Bürokratismus auf der einen Seite, den Rückzug ins Private auf der anderen Seite bekämpfen. Die Politik hat

noch niemals eine so große Rolle gespielt wie in der sozialistischen Gesellschaft. Demokratie erfordert, dass Politik eine Sache nicht nur des Staates ist, sondern auch und immer mehr der Massen, mitwirkend und unmittelbar. Politische Passivität, politische Apathie kann nicht ohne Auswirkung auf Eigentüerverhalten sein. Politische Stabilität im Sozialismus bedarf politischer Aktivität von oben und unten gleichermaßen und aufeinander entsprechend dem Prinzip des demokratischen Zentralismus. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass politische Krisen meist erst möglich gemacht werden durch mangelnde reale politische Aktivität der Massen, durch Formalismus im politischen System.

Im Gegensatz zu diesen Erfordernissen steht die ungenügende Entwicklung der theoretisch-systematischen Analyse politischer Verhaltensweisen, des theoretischen Instrumentariums für die Bewältigung der inneren Prozesse des Sozialismus nach der Entscheidung der Frage »wer – wen«. Es fehlt bereits der allgemeine Begriff für das, was man die subjektive Seite des politischen Systems nennen könnte.

In dieser Arbeit wird dafür der Begriff der politischen Kultur verwandt.<sup>27</sup> Mit dieser Begriffsbildung wird die Entwicklung der Demokratie in die allgemeine Diskussion um sozialistische Kultur eingebettet, in der die Kultur mit der Entwicklung des konkreten Individuums

27 Zum Begriff der politischen Kultur vgl. aus marxistischer Sicht A. A. Galkin, Herrschaftselite. Politisches Verhalten. Politische Kultur. Zur politischen Soziologie des heutigen Kapitalismus, Frankfurt am Main 1986 sowie J. A. Tichomirow, Die politische Kultur in der Gesellschaft des reifen Sozialismus.

Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1978, Heft 11, S. 1122. Diese Problematik spielt auch eine Rolle in dem eingangs zitierten gemeinsamen Dokument von SED und SPD. Vgl. weiter die Feststellung auf dem XI. Parteitag der SED: »Eine Wirtschaft, deren Kraft zunehmend auf der Fähigkeit der Menschen beruht, hochmoderne Technologien zu beherrschen, braucht zu ihrem Gedeihen ein schöpferisches Klima im gesamten gesellschaftlichen Leben. Bericht des ZK der SED an den XI. Parteitag der SED, a. a. O., S. 541).

verbunden, als Maß der Kulturentwicklung die Entwicklung des Menschen selbst als gesellschaftliches Subjekt der Tätigkeit bezeichnet wird.

Der Begriff erscheint deshalb als geeignet, weil er die Weite der Aufgabenstellung deutlich macht, weil es möglich ist, auf seiner Grundlage die Kompliziertheit der Prozesse zu erfassen. Vor allem geht es nicht nur um Kenntnisse, sondern um Denk- und Verhaltensweisen der Bürger so gut wie der staatlichen Organe, Erhöhung politischer Engagiertheit der Bürger, Auseinandersetzung mit einem Rückzug ins Private, Erhöhung der Rolle der öffentlichen Meinung so gut wie Überwindung des obrigkeitstaatlichen Erbes, anknüpfen an progressive bürgerlich-demokratische Traditionen und die Bekämpfung des Bürokratismus. Grundfrage der politischen Kultur des Sozialismus ist das wechselseitige Vertrauen von Partei, Staat und Volk.

Obwohl letztlich bestimmte Produktionsverhältnisse auch entsprechende politische Verhaltensweisen hervorbringen, ist ihre konkrete Gestaltung stets vielfältig vermittelt, von der Geschichte geformt, Ergebnis politisch-ideologischer Auseinandersetzungen.

Sie gehen von der Einsicht in die dialektische Einheit gesellschaftlicher, kollektiver und eigener Interessen aus, von der Bereitschaft, aktiv für diese Interessen zu kämpfen, Auseinandersetzungen zu führen, Verantwortung zu übernehmen. Sie umfassen die Einsicht in Mögliches und Nichtmögliches, Lernbereitschaft und Toleranz. Sie sind gleichweit vom Egoismus des Privateigentums, von Anarchismus wie von bürokratischem Hochmut gegenüber dem Volk, von bürokratischer Ausrichtung auf den Vorgesetzten, vom Konformismus entfernt. Ihre Bedeutung nimmt mit der Reife des Sozialismus, mit dem Wettstreit der Systeme auf dem Gebiet der Entfaltung der Individualität als Produktivkraft weiter zu.

Demokratische Haltungen sind nicht einfach ein Produkt des einzelnen Individuums, seiner Anstrengung. Sie entwickeln sich im Kampf mit anderen Haltungen, müssen von Kindergarten und Schule an von der Gesellschaft gefördert werden. Demokratische Haltung wächst mit der tatsächlichen Verantwortung, mit der Teilnahme an

Kämpfen, Siegen und Niederlagen, sie wird gestärkt durch das Gefühl der Gemeinschaft in der Partei, im Lande und in der Welt. Entscheidend für sie ist nicht extensive Entwicklung, die weitere Zunahme von Veranstaltungen und Kommissionen, sondern intensive Entwicklung, ist reale Machtausübung.

Die politische Kultur des Sozialismus bedarf entsprechender Institutionen. Die institutionelle Sicherung der demokratischen Mitwirkung und Selbstentscheidung als Bestandteil der Macht ist nicht denkbar ohne Recht, stellt die Frage des Rechts, auch der rechtlichen Traditionen in neuer Weise.

### **These 26:**

Die Entwicklung der sozialistischen Demokratie ist eng mit einer wachsenden Rolle des Rechts, ja im Grunde mit seiner Neubewertung verbunden. Je mehr die Beziehung einzelner – Staat an Gewicht gewinnt, desto stärker werden gesellschaftliche Fragen auch als Rechtsfragen gestellt, regelt doch das Recht Beziehungen zwischen individuellen und kollektiven Rechtssubjekten, nicht (unmittelbar) zwischen Klassen.

Unter den Bedingungen der Übergangsperiode wurde davon ausgegangen, dass der neue sozialistische Staat des Rechts bedürfe. Aufgehend von einem raschen Weg zum Kommunismus und gestützt auf Formulierungen zum bürgerlichen Charakter des Rechts in der neuen Gesellschaft wurde das Recht aber in erheblichem Umfang gleich den Ware-Geld-Beziehungen als Fremdkörper, nicht als eigenes Recht angesehen. Diese Haltung führte auch zur Trennung von Demokratie und Recht und auf theoretischem Gebiet zur Trennung von Staats- und Rechtstheorie. Im Rahmen der Identitätsdoktrin war kein Platz für eigene Gesetzmäßigkeiten des Rechts, für seine Spezifik.

Mit dem Ende der Übergangsperiode entsprachen diese Konzeptionen immer weniger gesellschaftlichen Interessen. Das Neue ökonomische System der Leitung und Planung in der Volkswirtschaft

und die Wirtschaftsreformen in anderen sozialistischen Ländern brachten tiefere Einsichten in die Rolle des Rechts im Sozialismus. Die Vorbehalte gegenüber subjektiven Rechten wurden schrittweise überwunden. Aber noch gab es keine umfassende, alle Zweige des Rechts erfassende Rechtskonzeption unter den neuen Bedingungen. Vor allem fehlte auch die prinzipielle Auseinandersetzung mit der bisherigen Theorie. Als entscheidendes Problem erwies sich die Rolle des Rechts in den vertikalen Beziehungen, gerade bei den spezifisch neuen sozialistischen Beziehungen, die sich auf Grund des staatlichen Eigentums entwickelt hatten. Das betrifft vornehmlich das Wirtschaftsrecht, das Verwaltungsrecht und vor allem auch das Staatsrecht.

Gegenwärtig vollziehen sich in den sozialistischen Ländern gewichtige Veränderungen auf praktischem und theoretischem Gebiet, die Voraussetzungen für eine Vertiefung der marxistischen Rechtstheorie schaffen. Die Veränderungen in Bezug auf die Stellung der Wirtschaftseinheiten, der Betriebe und Kombinate, die schärfere Trennung von staatlicher Leitung einerseits, der Ebene der Wirtschaftseinheiten andererseits, die Entwicklung der Demokratie in der Produktion, die Herausbildung neuer Vertretungsorgane der Werktätigen in mehreren Ländern, die Stärkung der örtlichen Staatsorgane, die Neuregelung der Zusammenarbeit und das heißt auch der Kompetenzabgrenzung von Volksvertretung und Exekutive, die Neugestaltung des Wahlverfahrens, die Einführung der gerichtlichen Kontrolle der Verwaltung, das alles kann nur auf dem Wege rechtlicher Regelungen und ihrer Durchsetzung neu gestaltet werden, macht die neue Rolle des Rechts deutlich.

Diese Prozesse sind keineswegs abgeschlossen. Schon heute aber ist die Einsicht möglich, dass die klassische Gestalt des sozialistischen Rechts sich erst jetzt herauszubilden beginnt. Damit ist eine Fülle von theoretischen Fragen aufgeworfen. Auch auf diesem Gebiet bildet sich über vielfältige Erfahrungen in den sozialistischen Ländern ein Neues, Allgemeines heraus. Eine der wichtigsten Fragen ist dabei das Verhältnis von Inhalt und Form, die Überwindung der Abwertung der juristischen Form. Ein Antagonismus ist nur begrenzt

juristisch vermittelbar, ein widerspruchloser Inhalt bedarf nicht der Vermittlung. Ein wirklicher und produktiver Widerspruch kann und muß vermittelt werden, bedarf der Form, auch der juristischen Form. Ist der Inhalt der Demokratie die Durchsetzung der Interessen des Volkes, die Entfaltung der Persönlichkeit mittels des Staates, mittels des Einflusses auf den Staat im Aufeinandereinfließen von Massen und Staat, so muß er sich in Formen des Aufeinanderwirkens entfalten, auch und vor allem in Rechtsformen. Beschränkungen des Inhalts der Demokratie sind immer auch Beschränkungen der Form. Reichtum der Formen ermöglicht Reichtum des Inhalts. Zur Vermittlung politischer Widersprüche im Sozialismus ist das Recht unentbehrlich.

Damit ist auch die prinzipielle Bedeutung subjektiver Rechte deutlich. Rechte sind notwendig mit Pflichten verbunden. Das bedeutet aber nicht Gleichrangigkeit beider. Die bestimmende Seite des Verhältnisses, die es zum Rechtsverhältnis macht, ist das subjektive Recht. Dabei verbindet sich das Äquivalenzprinzip immer mehr mit dem Prinzip der Entfaltung der Individualität.

Der Ausbau der Rechtstheorie der sozialistischen Gesellschaft fordert weiteres Nachdenken über das Problem des Positivismus, der Rechtsbegriffe, auch über die Frage des Rechtsstaats und die einst vom Naturrecht aufgeworfene Frage des rechtlichen Maßstabs politischer Entscheidungen.

Je mehr sich die sozialistische Gesellschaft ökonomisch und politisch festigt, desto mehr ist sie auch in der Lage, sich produktiver dem Erbe, auch dem juristischen Erbe zuzuwenden. Juristische Formen und Verfahren werden immer stärker nicht mehr als Hemmnis, als negatives Überbleibsel der Vergangenheit angesehen, sondern als Voraussetzung der erfolgreichen Gestaltung des Sozialismus. Auch, und gerade für den Sozialismus, gilt die Formulierung von Karl Marx im 3. Band des Kapitals: »Regel und Ordnung ist selbst ein unentbehrliches Moment jeder Produktionsweise, die gesellschaftliche Festigkeit und Unabhängigkeit von bloßem Zufall oder Willkür annehmen soll. Bei stagnierenden Zuständen sowohl des Produktionsprozesses als auch der ihm entsprechenden gesell-

schaftlichen Verhältnisse erreicht sie diese Form, wie Marx fortführt, »durch die bloße wiederholte Reproduktion ihrer selbst«. <sup>28</sup> Wird ökonomische, wird politische Innovation, wird sozialistische Demokratie benötigt, so ist mehr erforderlich.

### **These 27:**

Vermittlung durch das Recht hebt andere Vermittlungen nicht auf. Die Dialektik der Interessen, die Herausbildung des assoziierten Verstandes, die Entfaltung der politischen Kultur werden zu wesentlichen Teilen über das Recht vermittelt. Dabei geht nicht alles im Recht auf. Auch das Recht ist einseitig und unterscheidet sich darin nicht von anderen Sphären der Gesellschaft. Es ist gerade eine Grundlage der marxistischen Demokratietheorie, dass alle Sphären der Gesellschaft gemeinsam sich entwickeln, dass das Aufeinanderwirken aller Subjekte der Gesellschaft erst ihren Prozeß ausmacht. Die Entwicklung des Sozialismus fordert die Entwicklung der sozialistischen Demokratie, die Entwicklung der sozialistischen Demokratie fordert die Entwicklung des Rechts.

Die Entwicklung der sozialistischen Demokratie, die wachsende Befriedigung der demokratischen Bedürfnisse der Werktätigen ist ein Gebot der Ökonomie. Sie ist unentbehrlich für die Entwicklung aller produktiven Kräfte des Sozialismus. Sie ist zugleich ein eigenständiges Feld im Wettbewerb der Systeme. Es geht letztlich darum, den allseitigen Nachweis zu erbringen, dass auf der Grundlage des staatlichen sozialistischen Eigentums die demokratischen Bedürfnisse der Werktätigen besser befriedigt werden als auf der Grundlage des Privateigentums. Keine Sphäre der sozialistischen Gesellschaft ist nur Mittel, keine Sphäre ist nur Zweck, letzter Zweck, Selbstzweck, ist die Entfaltung der Persönlichkeit. Gerade deshalb wird die Gestaltung des Sozialismus, wie es im Parteiprogramm der

28 MEW, a. a. O., Band 25, S. 801 f.

SED für die DDR heißt, als »historischer Prozeß tiefgreifender politischer, ökonomischer, sozialer und geistig kultureller Wandlungen« bezeichnet. Von ihr hängt in entscheidendem Maße »die Anziehungskraft des Sozialismus, die Festigung seiner internationalen Positionen« ab.<sup>29</sup> Prof. Jens-Uwe Heuer, Berlin, den 22. November 1987

29 Programm der SED, a. a. O., S. 19; M. S. Gorbatschow, Grußansprache an den XI. Parteitag der SED, Berlin 1986.

# Gliederung

## **Kapitel 1 Grundlagen der marxistischen Demokratietheorie**

- 1.1 Ausgangspunkt: Die radikale Demokratie
- 1.2 Revolution und Diktatur
- 1.3 Rückschritt in der Theorie
- 1.4 Die Pariser Kommune
- 1.5 Bakunin
- 1.6 Später Triumph
- 1.7 Der Streit der Schüler

## **Kapitel 2 Marxistische Demokratietheorie und sozialistische Praxis**

- 2.1 Die Vorbereitung
- 2.2 Sieg und schwerer Aufbau
- 2.3 Der Anti-Kautsky
- 2.4 Zum ersten Mal: Die ökonomischen Gesetze
- 2.5 In der Isolierung
- 2.6 Neue Wege für den Westen
- 2.7 Zweiter Sieg – neuer Anfang

## **Kapitel 3 Sozialistische Demokratie in den 90er Jahren**

- 3.1 Eine Welt - zwei Systeme
- 3.2 Und wieder: Die ökonomischen Gesetze
- 3.3 Pluralismus – eine Antwort?
- 3.4 Der Staat bleibt notwendig
- 3.5 Individualität als Produktivkraft
- 3.6 Vermittlungen 1: Interessendialektik
- 3.7 Vermittlungen 2: Assoziierung des Verstandes
- 3.8 Vermittlungen 3: Politische Kultur
- 3.9 Vermittlungen 4: Das Recht

[www.MASCH-Skripte.de](http://www.MASCH-Skripte.de)

Wir veröffentlichen im Internet Vorträge marxistischer Bildungsveranstaltungen als MASCH-Skripte. Die Anlehnung an die alte, in den 1970er Jahren gegründeten MASCH («Marxistische Abendschulen») im Rahmen der Marxistischen Arbeiterbildung (MAB) ist gewollt. Denn Bildungszirkel in der Traditionslinie »Marxismus für die A-Klasse« sind nach 1989/90 nie ganz verschwunden und – was wichtiger ist – seit einiger Zeit auch unter diesem »Markenzeichen« wieder stärker im Kommen. Um diese Form der Weiterbildung zu fördern, veröffentlichen wir zum kostenlosen Download Vorträge, die von Autorinnen der Marxistischen Blätter bei MASCH-Veranstaltungen gehalten wurden.

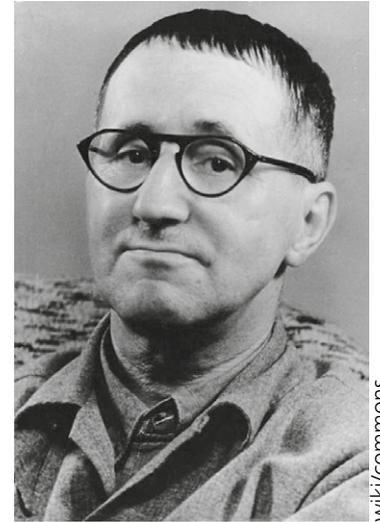
Referenten und Referentinnen, die uns weitere Vorträge für die Veröffentlichung zur Verfügung stellen wollen, wenden sich bitte an Lothar Geisler (Tel. 0201 | 23 67 57) oder per E-Mail: [LoG@neue-impulse-verlag.de](mailto:LoG@neue-impulse-verlag.de)

### Vorträge

Willi Gerns	Die Imperialismustheorie Lenins und der heutige Kapitalismus
Willi Gerns	Lenins Werk »Was tun?« und Fragen des Klassenbewusstseins heute
Robert Steigerwald	Material zum Thema Klassenbewusstsein
Hans Hautmann	Der Streik als Kampfinstrument der Arbeiterbewegung
Wolfgang Richter	Die Stadt und der Kapitalismus
Beate Landefeld	Finanzgetriebener Kapitalismus – Was macht eigentlich die Bourgeoisie?
Thomas Metscher	Realismus – zur musikalischen Ästhetik Dmitri Schostakowitschs
Nina Hager	Revolutionen – immer noch Lokomotiven der Weltgeschichte?
Andreas Wehr	Europa als Nation?
Mario Candeias	Neoliberal ist asozial – und trotzdem mehrheitsfähig!
Wolfgang Richter	Parlamentarische und außerparlamentarische Opposition
Anton Latzo	Zur Antikommunismus-Resolution des Europarates
Willi Gerns	Zum Verhältnis von Reform und Revolution – Grenzen und Möglichkeiten des Kampfes um Reformen heute
Robert Steigerwald	Warum und wie sollten Marxisten sich um Naturwissenschaft kümmern?
Robert Steigerwald	Streifzüge durch die Geschichte von KPD und DKP nach 1945 wie sie nicht im Geschichtsbuch steht
Martin Schlegel	Staatsverschuldung
Manfred Scharinger	Krankheit und Gesundheit bei Marx und Engels
Werner Goldschmidt	Varianten des Postkapitalismus – Ein Literaturbericht (Teil 1–3)
Thomas Metscher	Von der Notwendigkeit der Utopie in finsternen Zeiten
Holger Wendt	Der lange Marsch der »Neuen Marxlektüre«
Ralf Jungmann	Verdrängung und Diskreditierung



»Denken ist etwas,  
das auf  
Schwierigkeiten folgt  
und dem Handeln  
vorausgeht.«



wiki/commons

(Bertolt Brecht)



die Zeitschrift für den Spaß  
am Denken und Handeln.

Seit Heft 1\_2017 auch als eBook erhältlich.

[www.neue-impulse-verlag.de](http://www.neue-impulse-verlag.de)

 [facebook.com/MarxBlaetter](https://facebook.com/MarxBlaetter)